JÜRGEN DITTMANN

Institution und sprachliches Handeln

INSTITUTION UND SPRACHLICHES HANDELN

Jürgen Dittmann

- 0. Vorbemerkung
- 1. Rückblick
- 2. Hochgradig konventionalisierte Sprechhandlungen und institutionelle Sprechhandlungen
- 3. Zu den Begriffen 'Institution', 'Handlung' und 'Intention'
- 3.1 'Institution'
- 3.2 'Handlung' und 'Intention'
- 4. Aspekte der Analyse sprachlichen Handelns in Institutionen
- 4.1 Identifizierung und Definition
- 4.2 Institutionsspezifische Sprechhandlungen mit explizit-normativer Grundlage
- 4.3 Normenkenntnis und Kenntnis institutionsspezifischer Sprechhandlungen
- 4.4 Institutionsspezifische Sprechhandlungen ohne explizit-normative Grundlage
- 5. Ausblick

0. Vorbemerkung

Sprachliches Handeln findet in einem Spannungsfeld statt, dessen Pole durch die Intentionen und die Erwartungen der Beteiligten, durch ihre Selbst- und Partnereinschätzungen, durch Konventionen, situative Gegebenheiten bzw. Situationseinschätzungen und gegebenenfalls durch institutionelle Bedingungen definiert sind. In den letzten Jahren hat man sich in Sprachphilosophie, Konversationsanalyse und Linguistischer Pragmatik ausgiebig den Bereichen der Intentionalität und der Konventionalität gewidmet. So befaßt sich die Sprechaktphilosophie insbesondere mit Intentionstypen ('illokutionäre Akte') und den Bedingungen ihrer erfolgreichen Realisierung, fortgeführt in der linguistischen Sprechakttheorie, wobei allerdings zunehmend Situationsfaktoren bzw. -einschätzungen berücksichtigt werden (vgl. Wunderlich 1976); so befaßt sich die neuere, logisch-semantisch orientierte Ordinary Language Philosophy mit Systemen von Erwartungen und Erwartungserwartungen Handelnder und auch sprachlich Handelnder, die bei Lewis (1975) schließlich zur Grundlage der Definition

des Konventionsbegriffs genannt werden.

Auch die methodologische und wissenschaftstheoretische Aufarbeitung dieser, wie man sagen kann, handlungswissenschaftlichen Untersuchungen setzt, jedenfalls von Seiten der Linguistik, bei den Polen Intentionalität und Konventionalität an (vgl. Dittmann 1977 und 1977a). Umso wichtiger ist m.E. nun die systematische Ausweitung der linguistisch-konversationsanalytischen Perspektive auf den Bereich der I n s t i t u t i o n a l i t ä t sprachlichen Handelns. Zu einer solchen Systematisierung soll der vorliegende Aufsatz beitragen.¹ Ich gehe deshalb aus von einer zweifachen Aufarbeitung bestehender Ansätze - nämlich in Linguistischer Pragmatik und Sprechaktphilosophie/Sprechakttheorie. Dann werde ich in Form eines begriffsexplikativen Verfahrens den Gegenstandsbereich 'sprachliches Handeln in Institutionen' zu gliedern versuchen und (in Verbindung mit dieser Begriffsexplikation) ein konkretes Analysebeispiel zur Diskussion stellen. Dieses Unternehmen zielt insgesamt darauf ab, empirische Untersuchungen auf diesem Gebiet anzuregen und Kategorien dafür abzuleiten. Dagegen strebe ich keine vollständige Aufarbeitung der sozialwissenschaftlichen Literatur zu 'Institution' an, ebensowenig der Behandlung von 'Sprache und Institution' in ethnologischer, volkscundlicher etc. Literatur; vgl. dazu jetzt Ehlich/Rehbein (denn.), besonders Abschnitte 2 und 5.

1. Rückblick

Die Frage nach der Beziehung zwischen Institutionen einerseits und sprachlichem Handeln andererseits wird - allerdings eher implizit - bereits in den Anfängen der Sprechaktphilosophie aufgeworfen: In seiner Klassifikation von Typen illokutionärer Akte bezieht sich Austin (1962: 150ff.) mehrfach auf Institutionen. Die Gruppen der 'verdictives', der 'exercitives' und der 'habitives' werden überwiegend mittels 'institutioneller Sprechakte' (Habermas) wie 'wählen', 'erlauben', 'ernennen', 'verurteilen', 'bezeugen' eingeführt, und auch

1 Der vorliegende Aufsatz ist eine überarbeitete und stark erweiterte Fassung meiner Vorlage zur '4. Arbeitstagung Linguistische Pragmatik', Langwaden 6.3.-11.3.1978. Ich danke den Teilnehmern, die sich an der Diskussion der Vorlage beteiligt haben, besonders Jochen Rehbein und meinen Freiburger Kollegen Gisela Schoenthal und Johannes Schwitalla, für Kritik und Anregung. Dank schulde ich last not least Robert Walz vom Regierungspräsidium Freiburg für 'juristischen Beistand'.

in Austins Erläuterungen seiner Klassifikation finden sich mehrfach Bezüge zu institutionellen Zusammenhängen - sei es direkt ("verdictives [...] are typified by the giving of a verdict, as the name implies, by a jury, arbitrator, or umpire" (150)) oder durch Vergleich ("an exercitive is the giving of a decision in favour of or against a certain course of action, or advocacy of it. [...] Arbitrators and judges make use of exercitives as well as using verdictives" (154)).

Habermas (1971; vgl. ders. 1976: 254f.) ist deshalb zwar einerseits so konsequent, die "institutionellen Sprechakte" nicht unter die pragmatischen Universalien zu zählen ("diese Sprechakte setzen Institutionen bereits voraus, während die dialogkonstituierenden Universalien allgemeine Strukturen von Sprechsituationen erst hervorbringen" (1971: 113)), begeht aber andererseits den Fehler, zumindest in seiner "vierten Klasse von Sprechakten", den 'Regulativa', gleich reihenweise offensichtlich an institutionelle Rahmen gebundene Sprechakte unterzubringen, wie 'befehlen', 'verbieten', 'erlauben', 'sich verpflichten'(?), 'verantworten', 'sich verbürgen', 'aufkündigen', was zurecht bereits Schlieben-Lange (1975: 83) kritisiert. Wie Habermas etwa die Zuordnung von 'verfluchen' zu den institutionellen Sprechakten (seine Terminologie), dagegen die von 'aufkündigen' zu den pragmatischen Universalien rechtfertigen könnte, ist mir unerfindlich.

Eine wichtige Rolle spielt der Institutions-Begriff bei Searle. Für Searle (1969: 50ff.) sind nämlich sprachliche 'Fakten' nicht 'brute facts', die einer naturwissenschaftlichen Analyse zugänglich wären, sondern 'institutional facts' - institutionelle Tatsachen. Institutionen wiederum sind definiert als Systeme konstitutiver Regeln der Form 'X zählt als Y im Kontext K' (z.B.: bestimmte Formen von 'Verhalten' zählen als 'Trauung' - "constitute Mr Smith's marrying Miss Jones" (51) - nur unter der Voraussetzung der Institution Ehe/Eheschließung). Da Searles zentrale These dahingehend lautet, Sprechen sei der Vollzug von Handlungen gemäß bestimmten konstitutiven Regeln, folgt aus dieser Definition von 'Institution', daß die Tatsache, daß jemand einen bestimmten Sprechakt ausgeführt hat, also z.B. ein Versprechen gegeben hat, eine institutionelle Tatsache ist (52). Offenbar ist Searles Definition von 'Institution' sehr weit - er selbst führt allerdings nur die Beispiele Eheschließung, Baseball-Spiel, Gericht(sverhandlung), Gesetzgebungsakt und Geld ("institution of money" (51)) an. Und an keiner Stelle zeigt Searle auf, daß doch offensichtlich Unterschiede zwischen der institutionellen Tatsache Sprechakt und z.B. der institutionellen Tatsache Verurteilung bestehen: schon Zustandekommen und Status der 'Regeln' - gesetzte Normen einerseits, 'eingespielte' Konventionen

andererseits - verbieten eine schlichte Gleichsetzung. Diese Fragestellung nehme ich unten in Abschnitt 3.1 bei der Definition von 'Institution' wieder auf.

Bei Searle ist Sprechen eine bestimmte Form regelgeleiteten Handelns, die eben wegen der Regelhaftigkeit institutionelle Züge aufweist. Sprechen kann somit auf der Ebene der Konventionalitätskonstituiertheit ('Sprechakte' sind immer 'Sprechakttypen'!) gleichsam an sich thematisiert werden. Diese Betrachtungsweise wird aber bereits in den Anfängen der Linguistischen Pragmatik kritisiert und bei Ehlich/Rehbein umgekehrt: Für sie impliziert die Auffassung, Sprechen sei eine Form des Handelns, die Untersuchung von Sprechen in Handlungszusammenhängen: "Sprechen ist Bestandteil des Handelns, Sprechen ist Form des menschlichen Verkehrs" (Ehlich/Rehbein 1972: 210). Damit bekommt auch der Institutionsbegriff einen gänzlich anderen Stellenwert als bei Searle: Handeln und Sprechen sind nach Ehlich/Rehbein (1972: 215) funktional auf 'Zwecke' bezogen (wobei der allgemeinste Zweck als der der "Reproduktion der Gattung und der Individuen" begriffen wird). Die Erfüllung dieser Zwecke führt zur Ausbildung von "organisierten Formen menschlichen Verhaltens" - den Institutionen.² Am Beispiel 'Speiserestaurant' zeigen Ehlich/Rehbein sodann, wie die Analysen der Institution (in materialistischen Kategorien), der Handlungsabläufe in ihr und des sprachlichen Handelns aufeinander zu beziehen sind.

In größerem Rahmen befassen sich Ehlich und Rehbein in späteren Arbeiten dann mit 'Kommunikation in der Schule' (so der Projekttitel): Die Analyse zunächst wieder der Institution selbst führt zu dem Schluß, daß es sich bei der Schule um eine "weitgehend versprachlichte Institution" handelt, die sich deshalb "als geradezu paradigmatischer Fall für die Funktion von Sprache in einer Institution" darbietet (Ehlich 1977: 12, 15; vgl. Ehlich/Rehbein 1976 und dies. 1977 zum Projekt 'Kids').

In Anlage und Ansatz mit diesem Programm vergleichbar ist die Untersuchung sprachlicher Kommunikation in der Familie durch Martens (1974).³ Auch hier ist

2 Ehlich/Rehbein zitieren (1972: 215 Anm. 9) die Malinowskische Definition von 'Institution' ohne Kommentar. Ich unterstelle, daß sie sie übernehmen.

3 Zur Methode und zum wissenschaftsgeschichtlichen Stellenwert von Martens (1974) vgl. meine Einleitung zum vorliegenden Sammelband, Abschnitt 3.2.4.

Ausgangspunkt die Analyse der Institution Familie (14 ff.), die fortgeführt wird in eine konkrete Analyse der sozialen Situation einer bestimmten Familie. Daraus wiederum lassen sich Handlungsstrategien der Familienmitglieder ableiten, denn diese Strategien spiegeln die innerfamiliären Beziehungsstrukturen wieder. Erst diesen innerfamiliären Beziehungsstrukturen korrespondieren also auch entsprechende Kommunikationsmuster, Muster sprachlichen Handelns.

Kennzeichnend für diese Ansätze ist, daß sie sich auf die vorgängige Analyse der jeweiligen Institution, ihrer Entstehung und ihrer Rolle in der Gesellschaft einlassen, und daß sie weiterhin Sprechen als *e i n e* Form des Handelns in Institutionen begreifen. Ergebnis eines solchen Vorgehens kann die Rekonstruktion von 'Grundmustern' konkreter Kommunikationsverläufe (bei Martens 1974: 121ff. in einer bestimmten Familie) bzw. von institutionellen 'kommunikativen Handlungsmustern' sein (bei Ehlich/Rehbein 1977: 95ff. z.B. die 'Aufgabe-Lösung-Sequenz' im Schulunterricht; vgl. auch Rehbein 1977).

Zusammenfassend sei festgehalten: Während in sprechakttheoretischem Zusammenhang durch Abstraktion auf den Sprechakt und durch die weitgehende Verselbstständigung des Sprechens von konkreten Handlungs- bzw. Interaktionskontexten sprachliches Handeln doch wieder auf einer gleichsam 'systemlinguistischen' Ebene thematisiert wird, lassen sich die Vertreter der Linguistischen Pragmatik auf die konkrete Institution ein, treiben die Analyse bis zur Rekonstruktion spezifischer kommunikativer Handlungsmuster voran, zeigen sich aber an einer systematischen, nicht an die einzelne Institution gebundene Typisierung kommunikativen Handelns auf Sprechakt-Ebene nicht mehr interessiert.

Demgegenüber erscheint es mir sinnvoll und notwendig, *n e b e n* der Untersuchung sprachlichen Handelns in Institutionen auf der Basis vorgängiger Institutionsanalysen *a u c h* das sprechakttheoretische Programm der Klassifizierung von Sprechakten (Typen sprachlicher Handlungen) auf diesen Bereich zu übertragen. D.h., daß in einem begriffsexplikativen Verfahren zunächst Kategorien für Sprechakte zu gewinnen sind, die, anwendbar auf beliebige Institutionen, die Menge der sprachlichen Handlungen zu gliedern geeignet sind. Der Erkenntniswert dieser kategorialen Gliederung kann sich selbstverständlich immer nur in der Anwendung auf konkrete Kommunikation in konkreten Institutionen erweisen - die kategoriale Analyse muß also mit der induktiv-empirischen Untersuchung einzelner Institutionen und der Rolle sprachlichen Handelns in ihnen (soweit solche Untersuchungen vorliegen) zu vermitteln sein, bzw. sie muß (insofern als eben für die weitaus meisten Institutionen noch keine kommunikationsbezogenen Analysen existieren) programmatisch in solche Untersuchungen einbezogen werden können. Der empirischen Umsetzbarkeit der kategorialen Ana-

lyse wird deshalb auch im 4. Abschnitt dieses Aufsatzes besondere Beachtung geschenkt.

2. Hochgradig konventionalisierte Sprechhandlungen und institutionelle Sprechhandlungen

Eine m.E. wichtige kategoriale Unterscheidung läßt sich zunächst in Anknüpfung an Habermas' Unterscheidung von 'institutionellen Sprechakten' und 'pragmatischen Universalien' gewinnen: Es ist offensichtlich, daß Habermas den Begriff 'Institution' nicht wohldefiniert gebraucht, wenn er, wie wir gesehen haben, z.B. 'Verfluchen' zu den institutionellen Sprechakten, 'Aufkündigen' aber zu den pragmatischen Universalien rechnet. Das angeblich institutionelle Moment des Sprechaktes 'Verfluchen' (oder auch des Sprechaktes 'Wetten', in einer zunächst umgangssprachlichen Bedeutung von *wetten*; vgl. Habermas 1971: 112) liegt lediglich darin, daß Wetten und Verfluchen *g e r e g e l t e* (sprachliche und zum Teil nicht-sprachliche: also *a u c h* -sprachliche) Handlungen sind, wobei 'geregelt' etwa mit 'konventionell' im *Lewisschen* Sinne⁴ gleichzusetzen sein dürfte. Deshalb möchte ich in diesen Fällen von 'hochgradig konventionalisierten (auch-)sprachlichen Handlungen' reden. Der Begriff 'institutionell' zur Charakterisierung der entsprechenden Typen illokutionärer Akte scheint mir hier überflüssig zu sein. Das wird im nächsten Abschnitt bei der Definition von 'Institution' ausführlich begründet.

Anders verhält es sich im Fall von 'Heiraten', 'Taufen', 'Verurteilen' (in einer möglichen Bedeutung von *verurteilen*) und 'Wetten' (in einer zweiten Bedeutung von *wetten*, etwa im Sinne von engl. *to back a horse*): Diese Sprechakte stehen für sprachliche Handlungen, die "in ihrer jeweiligen spezifischen Form und Abfolge festgelegt und erwartbar [sind] im Rahmen größerer organisierter sozialer Institutionen" (Wunderlich 1972: 38). Nur unter dieser Bedingung scheint es mir sinnvoll zu sein, von 'institutionellen Sprechhandlungen' - bzw. mit Habermas von 'institutionellen Sprechakten' - zu reden.⁵

4 Auf den Konventionsbegriff gehe ich unten, Abschnitt 3.1, ausführlicher ein.

5 Zwischen 'Sprechakt' und 'Sprechhandlung'/'sprachliche Handlung' kann terminologisch unterschieden werden. Mit 'Sprechakt' wird seit Austin der *T y p* bestimmter elementarer sprachlicher Handlungen wie 'Versprechen', 'Befehlen' usw. bezeichnet, genauer der Typ des illokutionären Aktes i.S. von Searle, definiert durch seine 'Gelingungsbedingungen'. Strenggenommen kann deshalb mit 'Sprechakt' nicht auf einen konkreten Vollzug einer sprachlichen Handlung in einer konkreten Situation referiert werden. Diese

Wunderlich unterscheidet (1972: 38) in einem ersten Angang, wenn ich recht sehe, zwei Subtypen institutioneller Sprechhandlungen nach dem genetischen Kriterium 'schon präinstitutionell vorhanden, aber institutionell undefiniert' und 'eigens für die spezifischen Aufgaben der Institution entwickelt'. Genetische Klassifikationen sind aber zum einen schwer handhabbar, was durch einige der Beispiele Wunderlichs gut belegt werden kann: wenn z.B. 'Genehmigungen' (institutionell) auf 'Erlaubnisse' (präinstitutionell[?]) rückführbar sind, weshalb dann nicht 'Eröffnen' (institutionell) auf so etwas wie 'in Kommunikation treten' (präinstitutionell)? Zum anderen ist es für linguistisch-konversationsanalytische Fragestellungen vermutlich weitgehend irrelevant, ob z.B. 'Beeidungen' sinnvollerweise auf 'Versicherungen' zurückgeführt werden sollten (sämtliche Beispiele nach Wunderlich 1972).

Es erscheint mir deshalb sinnvoller, die Klasse der institutionellen Sprechhandlungen für konversationsanalytische Zwecke zunächst zu unterteilen in die Subklassen der

- i n s t i t u t i o n s s p e z i f i s c h e n Sprechhandlungen und der
- i n s t i t u t i o n e n b e z o g e n e n Sprechhandlungen.⁶

Institutionsspezifische Sprechhandlungen zeichnen sich durch ihre feste Bindung an jeweils genau bestimmbare Institutionen aus: 'Taufen', 'Eheschliessen', 'Segnen' an die Institution Kirche, 'Verurteilen' (in einer Bedeutung von *verurteilen*) an die Institution Gericht usw. Institutionelle Sprechhandlungen können aufgrund von synchronischen Institutions- und Konversationsanalysen identifiziert, abgegrenzt und definiert werden, wie in Abschnitt 4.2 anhand eines Beispiels gezeigt werden soll. Genetische Kriterien, der Rückbezug auf präinstitutionelle sprachliche Handlungen, spielen dabei allenfalls eine sekundäre Rolle.

Institutionenbezogene Sprechhandlungen sind dagegen nicht an eine bestimmte Institution gebunden, ihr Vollzug setzt aber (im allgemeinen) einen institutionellen Rahmen voraus, ohne den sie ihren Sinn verlieren. Hierher gehören

Einschränkung wird üblicherweise für 'sprachliche Handlung' nicht gemacht: mit 'institutionelle Sprechhandlung' kann man sich deshalb methodologisch einwandfrei auch auf die konkrete sprachliche Handlung beziehen. Sofern Mißverständnisse möglich sind, müßte man allerdings wiederum zwischen 'Sprechhandlung' und 'Sprechhandlungstyp' unterscheiden. Vgl. ausführlich dazu Dittmann 1977: 91ff.

6 Wunderlich (1976: 313) nennt drei Subklassen, wobei einerseits das genetische Kriterium (vgl. oben) beibehalten wird, andererseits eine Klasse von Sprechakten, die der "Organisierung des institutionellen Ablaufs" dienen, hinzukommt.

aus Habermas' Sprechaktklasse der Regulativa z.B. 'befehlen', 'verlangen', 'verbieten', 'erlauben', 'sich widersetzen', 'vereinbaren' (nur als Sequenz!), 'sich verbürgen', 'aufkündigen'; aus der Klasse der Austinschen Behabitives 'begrüßen', 'beglückwünschen', 'Beileid bezeugen', aus der Klasse der Exerciatives 'verstoßen', 'veröffentlichen', 'verkündigen', 'ernennen', 'stimmen für' und weitere.

Die grundlegende Unterscheidung von institutionellen Sprechhandlungen einerseits und - komplementär dazu - nicht-institutionellen Sprechhandlungen andererseits ist mit der von Searle (1976: 6) vorgenommenen Abgrenzung von solchen illokutionären Akten, die zu ihrem Vollzug 'außersprachliche Institutionen' erfordern ("that require extra-linguistic institutions for their performance"), gegen solche Akte, die das nicht tun, kompatibel. Searles Punkt dabei ist, daß man nur segnen, exkommunizieren, schuldig sprechen usw. kann, wenn man eine Stellung in einer 'außersprachlichen Institution' einnimmt. Im Gegensatz dazu kann man, nach Searle, z.B. eine Behauptung darüber, daß es regne, einfach durch Befolgung von sprachlichen Regeln (einschließlich der für Sprechakte) aufstellen, wozu keine außersprachlichen Institutionen erforderlich sind.

Allerdings deckt die Unterscheidung von institutionellen und nicht-institutionellen Sprechhandlungen den Gegenstandsbereich sprachliches Handeln und Institution noch nicht ab: denn zum einen können nicht-institutionelle Sprechhandlungen sehr wohl im Rahmen von wohldefinierbaren Institutionen auftreten, wie man sich z.B. anhand der Habermasschen Repräsentativa 'offenbaren', 'enthüllen', 'preisgeben', 'gestehen' (in einer Bedeutung von *gestehen*), 'zum Ausdruck bringen', 'verbergen', 'vorspiegeln', 'verschweigen' usw. (vgl. Habermas 1971: 112) leicht klammachen kann. Es fragt sich, welche Konsequenzen eine solche institutionelle Einbindung für die Analyse konkreter sprachlicher Handlungen hat. Ich möchte in diesem Fall von

- i n s t i t u t i o n e n d o m i n i e r t e n Sprechhandlungen reden, wobei zu beachten ist, daß es sich bei diesen n i c h t um einen eigenen Subtyp institutioneller Sprechhandlungen handelt, sondern eben um die Benennung einer bestimmten Art des Vorkommens nicht-institutioneller Sprechhandlungen! Dies scheint mir eine empirisch interessante Gruppe sprachlicher Handlungen zu sein, die weder Searle (1976) noch Wunderlich (1972; vgl. oben) gesehen haben, weil sie zu sehr auf die Definition von Sprechaktklassen 'an sich', d.h. insbesondere: unter Abstraktion von w e c h s e l n d e n Kontexten ihrer Verwendung fixiert sind.

Vom theoretischen Standpunkt aus ist schließlich zu fragen, ob es Fälle geben kann, in denen institutionelle Sprechhandlungen außerhalb institutioneller Vollzüge vorkommen (gleichsam als Gegenstück zu den institutionendominierten Sprechhandlungen). Diese Frage ist sicher zu bejahen, auch bringt bereits Searle (1976: 6; Übers. von mir; J.D.) ein Beispiel in folgendem Zusammenhang:

Außersprachliche Institutionen verleihen oft Status in einer Weise, die für die illokutionäre Kraft relevant ist, aber nicht alle Status-Unterschiede lassen sich aus institutionellen Bedingungen ableiten. So mag ein bewaffneter Räuber aufgrund seiner Waffe *b e f e h l e n*, im Gegensatz zu, z.B. bitten, ersuchen oder anflehen, daß die Opfer die Hände hochnehmen. Aber sein Status leitet sich hier nicht von einer Stellung in einer Institution ab, sondern vom Besitz einer Waffe.

Diese Frage betrifft die institutionenbezogenen Sprechhandlungen, und es könnte sich als sinnvoll erweisen, eine Kategorie

- nicht-institutionelles Vorkommen institutionenbezogener Sprechhandlungen anzusetzen. Allerdings ist es schwierig, über die 'brute-fact'-Situation des Mannes mit der Pistole hinaus weitere Vorkommen, die unter diese Kategorie fallen würden, zu konstruieren.

3. Zu den Begriffen 'Institution', 'Handlung' und 'Intention'

3.1 'Institution'

In Abschnitt 2 habe ich die Unterscheidung zwischen hochgradig konventionalisierten Sprechhandlungen und institutionellen Sprechhandlungen eingeführt. Der dabei zugrundegelegte Begriff von Institution bedarf der Erläuterung, denn ein Blick in die konversationsanalytische Literatur zeigt, daß gerade in jüngster Zeit der Institutions-Begriff in mindestens zwei unterschiedlichen Bedeutungen gebraucht wird. Ich möchte sie der Kürze halber als den

- handlungstheoretischen und den
- politologischen Institutionsbegriff bezeichnen, weil mir eine geeignetere Terminologie nicht bekannt ist.

Der handlungstheoretische Institutionsbegriff wird aus der Analyse gesellschaftlichen Handelns als eines "sozialen Institutionalisierungshandelns" (Hafferkamp 1972: 23) gewonnen, wie es unter anderem Mead (1934; 1968) für den Symbolischen Interaktionismus und A.Schütz (1932; 1974) und Berger/Luckmann (1967) für die Verstehende Soziologie beschrieben haben. In nuce läßt sich der Prozeß der Institutionenbildung (im hier einschlägigen Sinne von 'Institution') auf der Ebene der sogenannten Zweiersituation rekonstruieren: Ego und

alter (ein Ich und ein anderes Ich) produzieren spontan Gesten; ihre Produktionen werden ihnen durch 'Spiegelung' durch das jeweilige alter ego bewußt, die Produktionen werden 'definiert'. Die definierten Produktionen werden auf andere Produktionen bezogen und mit ihnen 'integriert' - Gesten sind als definierte, d.h. als 'Symbole', Bestandteile von Systemen. Die Symbole bzw. Systeme von Symbolen werden 'internalisiert', und die Akteure beginnen sich als Teilnehmer bestimmter sozialer Systeme - anerkannter gesellschaftlicher Wirklichkeit - zu begreifen.⁷

Der so zu gewinnende Begriff von Institution ist denkbar weit: 'Institutionalisiertes Handeln' liegt dann nämlich vor, "sobald zwei Handelnde gemeinsam eine Produktion definieren, integrieren und identifizieren" (Haferkamp 1972: 70), d.h. bezogen auf die entwickelte Gesellschaft: Symbolisch vermitteltes Handeln wird schlechthin als 'institutionell' bezeichnet und sprachliche Ausdrücke (auf der Typus-Ebene) werden als Institutionen behandelt (so bei Mead und dem späten Wittgenstein). Auch im konversationsanalytischen Kontext findet sich dieser Begriff von 'Institution', neuerdings etwa bei Coulmas. Coulmas (1978: 1f.) stellt zunächst verschiedene Institutions-Begriffe nebeneinander: als Institutionen können "geschichtlich tradierte Organisationsformen der Gesellschaft" oder "konstitutionelle Einrichtungen des Staates" begriffen werden; die Gesellschaft kann als durch Institutionen in hierarchischer Anordnung strukturierte vorgestellt werden, wobei z.B. die Ehe und die Feiertage als Institutionen niederer Ordnung von Kirche und Justiz als Institutionen höherer Ordnung kontrolliert werden; während dies Institutionsbegriffe in "makroanalytischer" Sicht sind, können in "mikroanalytischer" Sicht typifizierte Verhaltensweisen aller Art, also Gepflogenheiten, Bräuche, Riten usw., schließlich sogar "einzelne Züge in standardisierten, ritualisierten Interaktionsabläufen (z.B. Gratulationen, Begrüßungen, Trinksprüche, Absolutionen)" als 'Institutionen' bezeichnet werden. Coulmas fragt sodann, welcher Begriff von Institution "für die sprachwissenschaftliche Analyse von Interaktionsprozessen einschlägig ist, d.h. unter Bezugnahme auf welchen Begriff man

7 Abriß nach Haferkamp 1972: 33f.; für eine Diskussion der Probleme des Übergangs von der 'Zweiersituation' zur 'Dreiersituation' und für eine Kritik an den grundlegenden Idealisierungen ist hier kein Raum; vgl. etwa Joas 1973: Kap. 2.

die Kovariation sozialer und sprachlicher Faktoren untersuchen kann" (1978: 2). Diese Frage beantwortet er nicht eigentlich argumentativ, sondern dadurch, daß er drei 'Perspektiven' aufzeigt, aus denen man das Thema 'Sprechakte in Institutionen' angehen kann:

1. bestimmte Formen sprachlichen Verhaltens kovariieren (als abhängige Variable) mit bestimmten sozialen Organisationsformen bzw. sozialen Verhaltensweisen (als unabhängigen Variablen);
2. bestimmte Formen sprachlichen Verhaltens sind konstitutive Bestandteile von Institutionen, die diese mit aufbauen ("die Verwendung eines bestimmten Sprechakts kann eine Institution konstituieren");
3. sprachliche Ausdrücke werden als Institutionen behandelt.

Den 'Perspektiven' (2) und (3) liegt implizit schon ausschließlich der 'mikroanalytische' Institutionsbegriff zugrunde, und Coulmas entscheidet sich schließlich für die dritte Perspektive, wenn er sich die Wittgensteinsche Auffassung vom institutionellen Charakter von 'Sprachspielen' zueigen macht und sein Thema 'Routineformeln als Institutionen' mit der Fragestellung in diesen Rahmen einordnet, daß "auf exemplarische Weise [...] der institutionelle Charakter von Sprachspielen im Kontext ritueller Handlungen in den Vordergrund" trete (1978: 3).

Bevor ich mich gegen die Auffassung wende, zum Thema 'Sprechakte in Institutionen' sei die Perspektive (3) - sprachliche Ausdrücke als Institutionen - besonders geeignet oder naheliegend (Coulmas selbst qualifiziert seine Entscheidung zugunsten des mikroanalytischen Institutionsbegriffs nicht), möchte ich betonen, daß sich m.E. die Perspektiven (1) und (2) nicht ausschließen, sondern daß man bestimmte Formen sprachlichen Verhaltens sowohl als "Indices von Institutionen" (Perspektive 1) als auch als deren konstitutive Bestandteile (Perspektive 2) betrachten kann und sollte. Allerdings erscheint es mir notwendig, zwischen der Redeweise "die Verwendung eines bestimmten Sprechakts kann eine Institution konstituieren" einerseits und der Redeweise, Sprechakte seien "konstitutive Bestandteile, welche die Institutionen mit aufbauen" andererseits zu unterscheiden. Denn nur in mikroanalytischer Sicht kann ein Sprechakt eine Institution 'konstituieren' - also z.B. eine Gratulationsformel die 'Mikro'-Institution 'Gratulation'. Für jeden anderen Institutionsbegriff kann dagegen ein Sprechakt allein nicht als konstitutiv angesehen werden: konstitutiv für Institutionen wie Gericht, Partei usw. sind mit diesen definierte soziale Beziehungen zwischen Beteiligten sowie korrespondierende Handlungen - beides existiert aber gleichsam neben der Verwendung von Instanzen bestimmter Sprechakte. (Auf diesen Institutionsbegriff aus 'makroanalyti-

scher Sicht' komme ich im folgenden zurück.

Was spricht nun gegen Coulmas' Perspektive (3) - sprachliche Ausdrücke auf der Typus-Ebene als Institutionen zu begreifen? M.E. die Tatsache, daß (nicht nur aus linguistischer Sicht) eine differenziertere Begrifflichkeit vorhanden und auch notwendig ist: Symbolbildung kann nämlich für sprachliches wie nicht-sprachliches Handeln als Konventionalisierungsprozeß (mit Hilfe eines, für sprachliches Handeln modifizierten, Lewisschen Konventionsbegriffs) rekonstruiert werden. D.h., daß symbolisch vermitteltes Handeln keineswegs schlechthin als 'institutionell' bezeichnet werden muß, und daß insbesondere sprachliche Ausdrücke auf der Typus-Ebene keineswegs als Institutionen aufgefaßt werden müssen. Die hier anzuwendende Theorie der Konvention geht davon aus, daß die Produktion einer Geste, mit der ein Handelnder etwas *m e i n t*, in einer Zweiersonnen-situation mit einer bestimmten Intention geschieht; Grice (1957: 385) drückt diesen Zusammenhang so aus: Jemand *m e i n t* genau dann etwas mit einer Handlung, wenn er *i n t e n d i e r t*, daß seine Handlung bei einem Empfänger dadurch eine Wirkung herbeiführt, daß seine Intention (diese Wirkung herbeizuführen) erkannt wird. (Dieses 'Meinen' nennt Grice 'nicht-natürlich', im Gegensatz zur Bedeutung natürlicher Zeichen, wie der des Rauches, der Feuer 'bedeutet'). Symbol-Definition in einer Zweiersonnen-situation kann mithin beschrieben werden als ein Akt des 'Meinen_{nn}' durch einen Handelnden und einen Akt des Verstehens durch einen Interaktionspartner. Die Verfestigung und Tradierbarkeit von einmalig-situationskonstituiertem Symbolgebrauch geschieht dadurch, daß die definierte Geste als Präzedenzfall betrachtet und in vergleichbarer Situation neuerlich produziert wird (zu den Bedingungen für die Reproduktion im einzelnen vgl. Lewis 1975: 37ff.). Für sprachliches Handeln gilt als Spezifikum, daß ein Handelnder mittels seiner 'Sprechfähigkeit' eine 'Bewußtseinstätigkeit' des Angesprochenen bezweckt, oder erst über diese vermittelt eine 'praktische Tätigkeit' (vgl. Kummer 1975: 143ff.). Bestimmte Typen der Sprechfähigkeit 'spielen' sich in einer Gemeinschaft über Präzedenzfälle 'ein'; d.h., die Mitglieder der Gemeinschaft erwarten voneinander in vergleichbaren Situationen (bei vergleichbaren Intentionen) Sprechfähigkeiten bestimmter Typen. Systeme wechselseitiger Erwartungen auf der Grundlage von Präzedenzfällen nennt Lewis nun 'Konventionen', und man kann sagen, daß bestimmte Typen von Sprechfähigkeit in einer Gemeinschaft *k o n v e n t i o n a l i s i e r t* werden: sie erhalten (mit Kummer 1975: 146) eine 'konventionelle Bedeutung'. Sprachliches Handeln hat somit zunächst konventionellen Charakter - nicht institutionellen. Und sprachliche Ausdrücke auf der Typus-Ebene sind nicht Institutionen, sondern konventionelle Handlungs-Typen.⁸ Es

besteht also keine Veranlassung, "typifizierte Verhaltensweisen aller Art" und schließlich gar "einzelne Züge in standardisierten, ritualisierten Interaktionsabläufen" (Coulmas) als Institutionen zu begreifen, vielmehr kann für den gesamten Bereich des nicht durch gesetzte Normen bzw. des nicht durch feste soziale Rollensysteme Geregelten (dazu vgl. im folgenden) der Konventionsbegriff verwendet werden. Insofern sind dann die Handlungsabläufe bei einer 'Geburtstagsparty' ebenso wenig institutionell wie 'Gratulationen', 'Begrüßungen' und 'Trinksprüche' (Coulmas). Anders verhält es sich mit 'Totenfeiern' und 'Absolutionen', die Coulmas (1978: 1) ebenfalls in 'mikroanalytischer' Sicht nennt: derartige Handlungen geschehen im Rahmen von Institutionen und bekommen auch erst im Rahmen von Institutionen ihren Sinn; d.h., diese Beispiele sind bei Coulmas im Rahmen seines Kategoriensystems nicht an der richtigen Stelle aufgeführt, sie gehören in seiner Terminologie unter die Kategorie 'Institutionen niederer Ordnung', die von solchen 'höherer Ordnung' kontrolliert werden.

Nach meiner Auffassung wird der Institutionsbegriff erst auf einem bestimmten Niveau der Betrachtung gesellschaftlicher Wirklichkeit notwendig angewendet werden müssen: dort nämlich, wo Handlungs- bzw. Interaktionszusammenhänge als Muster fest etabliert, in der Verteilung auf wohldefinierte soziale Rollen vergegenständlicht⁹ und in Norm-Sanktions-Schemata abgesichert sind. Institutionen in diesem Sinne basieren nicht auf Systemen von Konventionen, sondern auf Systemen institutioneller Rollen, entsprechender 'Staats-Differenzierung' und auf Systemen expliziter, gesetzter Normen mit entsprechender 'Sanktionen-Kontrolle' (vgl. zu diesen Begriffen Parsons 1966: 10ff.). Man muß jedoch beachten, daß die gesetzten Normen unterschiedliche Reichweite haben können. So ist z.B. in der Institution 'Sozialamt' die normative Regelung einzelner institutioneller Abläufe, insbesondere des Beratungsgesprächs, weniger weitgehend und detailliert (vgl. dazu Wahnhoff/Wenzel, in diesem Band) als in der Institution 'Gericht' die normative Regelung des institutionellen Ablaufs Gerichtsverhandlung.

8 Ich bin mir bewußt, daß diese Ausführungen zu 'Meinen' und 'Konvention' sehr grob sind, halte sie jedoch hier für angebracht.ⁿⁿ

9 Zum Verhältnis von Rolle und Institution vgl. Parsons 1951: 36ff.; Parsons' Institutionsbegriff ist allerdings weiter als der hier zugrundegelegte, vgl. auch unten, Anm. 15. Bezogen auf die Institutionstheorie Vickers' formuliert Weymann-Weyhe (1978: 221): "Die Ordnungsstruktur einer Institution materialisiert sich in einem Rollensystem, das zugleich ein System von Sanktionsmöglichkeiten bedeutet."

Die institutionell definierten Rollenbeziehungen sind rückbeziehbar auf den je bestimmten *Zweck* der Institution im gesellschaftlichen Zusammenhang (vgl. oben, Abschnitt 1, zu Ehlich/Rehbein 1972). Diese "Zweckbestimmtheit der Institution" (Wunderlich 1976: 313), die für die sozialen Rollenbeziehungen konstitutiv ist, ist für das Verständnis der Prinzipien, nach denen Handlungsabläufe in Institutionen funktionieren, zentral. Denn 'Zweckbestimmtheit' bedeutet ja, daß Institutionen "sinnorientierend" und "handlungsstabilisierend" wirken: "Sie geben ihren Mitgliedern eine Sinnstruktur vor, die ihre Handlungsmöglichkeit sichert und begrenzt" (Weymann-Weyhe 1978: 219). Man mag somit in Institutionen Positives sehen: z.B. ihre Notwendigkeit zur Existenzsicherung des Menschen überhaupt (G.Vickers) und ihre für den Menschen lebenswichtige Entlastungsfunktion (A.Gehlen);¹⁰ oder auch Negatives: Die Zweckgebundenheit von Institutionen verweist auf Durchsetzung und Aufrechterhaltung von Interessen, die nicht die Interessen 'aller' sein müssen. Aus dieser Sicht bilden Institutionen "Bewegungsformen, in denen sich die gesellschaftlichen Kämpfe zwischen den verschiedenen Klassen und Subklassen abspielen" (Ehlich/Rehbein 1977: 37; i.Orig. kursiv). Die Analyse der einzelnen Institutionen kann dann aus marxistischer Perspektive unter der allgemeinen Bedingung, "daß auch noch im staatlich geregelten Kapitalismus die gesellschaftlichen Entwicklungen 'widerspruchsvoll' oder krisenhaft verlaufen" (Habermas 1973: 9), nur eine kritische, die in der jeweiligen Institution zementierten gesellschaftlichen Widersprüche aufdeckende Analyse sein (vgl. etwa Ehlich 1977: 14ff.). Der Institutionsbegriff selbst aber, der aus den genannten Bestimmungsstücken aufgebaut ist, kann durch die unterschiedlichen Perspektiven durchgehalten werden, und weil er dem Institutionsbegriff der politikwissenschaftlichen Institutionenlehre näher steht als dem des Symbolischen Interaktionismus und der Verstehenden Soziologie, habe ich ihn eingangs als 'politologischen Institutionsbegriff' bezeichnet: denn Politologen (so u.a. Beck 1977) wenden den Institutionsbegriff in einem engeren Sinne auf öffentliche Einrichtungen auf

10 Eine detaillierte Darstellung der Institutionstheorie Vickers' findet man bei Weymann-Weyhe (1978: 216ff.), derjenigen Gehlens ebd.: 166ff. W.-W. beschäftigt sich darüber hinaus mit einer Vielzahl von Institutionstheorien von Hauriou bis Luhmann und Habermas.

der Grundlage von Verfassung oder Öffentlichem Recht an (Staatsorgane, Behörden, bestimmte Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften), außerdem auf bestimmte Verfahren (wie z.B. Wahlen) und in einem weiteren Sinne schließlich auf soziale Gruppen oder Einrichtungen mit gesetzlicher (explizit-normativer) Grundlage, wie Ehe oder Schule.

Diese Bestimmung des Begriffs der Institution mittels der genannten Kriterien legt die Diskussion von Grenzfällen seiner Anwendung nahe. Ein Beispiel ist das sozialtherapeutische (Telefon-)Beratungsgespräch¹¹ vom Typ der früheren von-Hollander-Sendungen im NDR (für ausführliche Analysen vgl. Ungeheuer 1974 und Schank/Schoenthal 1976: Kap. 5.3). Hier sind Muster sprachlicher Interaktion relativ fest etabliert und in der Verteilung auf wohldefinierte soziale Rollen vergegenständlicht; es ist eine klare Statusdifferenzierung vorhanden (vgl. Schank/Schoenthal 1976: 73, 86f.), und der Zweck dieser Art sozialtherapeutischer Beratung liegt - vergleichbar dem anderer Institutionen, z.B. dem Sozialamt - nach Schank/Schoenthal (1976: 74) im "Interesse der führenden Gesellschaftsschichten nach Integration beziehungsweise Reintegration des einzelnen in das gesellschaftliche Leben". Nur können wir hier nicht in demselben Sinne von 'gesetzten Normen' und entsprechenden 'Sanktionen-Kontrollen' reden wie bei Institutionen vom Typ des Gerichts o.ä.: es gibt nichts den Gesetzen, Erlassen, Verwaltungsvorschriften usw. direkt Vergleichbares. Wenn es die übrigen Merkmale auch nahelegen würden, Beratungsgespräche dieses Typs als "soziale Institutionen" (Schank/Schoenthal 1976: 74) aufzufassen, weil der Konventionsbegriff hier nicht mehr trägt, muß doch die fehlende normative Absicherung beachtet werden: dadurch nämlich unterscheidet sich ein Hollander-Beratungsgespräch etwa von den Abläufen in Beratungsstellen auf gesetzlicher Grundlage (wie z.B. denen im Sozialamt; vgl. Wahnhoff/Wenzel, in diesem Band).

11 Zur Definition der Kommunikationssituationstypen 'Beratung' und 'Beratungsgespräch' vgl. Steger 1976: 35f.

3.2 'Handlung' und 'Intention'

Fragt man von dieser Bestimmung des Institutionsbegriffs nun zurück nach Definitionen von 'Handlung', dann ergibt sich ein Problem: Nach weit verbreiteter Auffassung ist nämlich die Unterstellung von *I n t e n t i o n a l i t ä t* Voraussetzung dafür, daß wir nicht von 'stimuliertem Verhalten', etwa reflexhaftem Reagieren, sondern von 'intentionalem Handeln' sprechen (zu dieser Unterscheidung vgl. Habermas 1970: 138ff.; vgl. auch von Wright 1974: 136f.). Entsprechend kann eine elementare Handlungsdefinition etwa lauten, eine Handlung sei "ein Verhalten, gesehen oder beschrieben im Hinblick auf eine Absicht oder Intention" (von Wright 1977: 139f.; vgl. bereits Parsons 1966: 5). Dies akzeptiert, wird der Begriff des Handelns in Institutionen und der institutionellen Sprechhandlung dann problematisch, wenn Intentionen als subjektive, sozusagen private aufgefaßt werden.

'Private Intentionen', das heißt: "Nur ich kann *w i s s e n*, was ich beabsichtige und was ich für die Realisierung des Objekts meiner Intention für nötig halte" - so von Wright (1974: 107), der diese Auffassung kritisiert. Ein solcher Intentionsbegriff scheint selbst noch bei A.Schütz durch, wenn er in Auseinandersetzung mit M.Weber darlegt, nur der Handelnde wisse, "'wann sein Handeln beginnt und wo es endet', also warum es [in gedanklicher Vorwegnahme, Schütz: 'modo futuri exacti'; J.D.] ausgeführt worden sein wird" (1971: 27). Sein Partner hingegen ist, so Schütz weiter, auf die Rekonstruktion der Intention aus der "beobachtbaren Handlung" (dem beobachtbaren Teil der Handlung) angewiesen, und will er seine Chance hinreichenden Verstehens vergrößern, dann muß er "nach dem Sinn suchen, den das Handeln *f ü r d e n H a n d e l n d e n* hat" (Schütz 1971: 28; Hervorhebg. von mir; J.D.). In dieser Formulierung schlägt M.Webers Postulat vom 'subjektiv gemeinten Sinn', die Auffassung, Kriterium für das Vorliegen einer Handlung sei, daß der Handelnde einen 'subjektiven Sinn' mit seinem 'Verhalten' verbinde,¹² wieder durch; explizit bei Schütz an derselben Stelle:

12 Vgl. zu M.Webers Sinnbegriff Bubner 1976: 16ff.

Somit ist das Postulat vom 'subjektiv gemeinten Sinn' nicht eine Besonderheit der Soziologie Max Webers oder der Methodologie der Sozialwissenschaften im allgemeinen, sondern es ist ein Prinzip zur Konstruktion von Handlungsabläufen in der Alltags-Erfahrung.

Wie immer nach Schütz auch der Gang der Rekonstruktion von Intentionen im Rekurs auf die 'Wir-Beziehung' der Beteiligten, auf 'typische Erwartungen des Verhaltens des anderen', auf Rollen-Beziehungen usw. geschieht und damit Handeln intersubjektiv nachvollziehbar wird; wie immer also Schütz die Problematik des Weberschen Postulats methodisch auflösen will: es bleibt hier das grundlegende Diktum vom Sinn des Handelns für den Handelnden, den es zu verstehen gilt.

Nach dieser Auffassung sind Intentionen zwar nicht strikt privat, denn sie sind rekonstruktiv mit einer gewissen Chance des Gelingens nachvollziehbar - aber sie sind prinzipiell subjektiv. Deshalb kollidiert der Handlungs- mit dem Institutionsbegriff: wenn der Handelnde seine Handlung als Rollenträger in einer Institution ausführt, ist die Annahme eines grundlegenden subjektiven Moments in seinem Handeln entweder überflüssig oder vielleicht sogar falsch.

Wesentlich für das Verständnis seiner Handlung durch den Partner ist die korrekte Rolleneinschätzung, und insofern wir 'Handlung' weiterhin mittels des Intentionsbegriffs definieren wollen, weiterhin von 'institutionellen Handlungen', speziell '... Sprechhandlungen' reden wollen, benötigen wir einen nicht-subjektivistischen Intentionsbegriff, wie er etwa hinter der Wittgensteinschen Bestimmung steht: "Die Absicht ist eingebettet in der Situation, den menschlichen Gepflogenheiten und Institutionen" (Wittgenstein 1967: § 337).

D.h.: für unseren Gegenstandsbereich 'Institution und sprachliches Handeln' benötigen wir einen Handlungsbegriff, der zwar den Intentionsbegriff implizieren kann (was für den handlungstheoretischen Gegenstandsbereich insgesamt sinnvoll zu sein scheint), aber derart, daß

1. Intentionen als soziale, prinzipiell (nicht notwendig aktuell) kommunizierbare Entitäten begriffen werden,
2. zu denen 'der andere' direkten (durch Fragen) oder indirekten Zugang hat.¹³

¹³ Vgl. ausführlich Dittmann 1977a: Kap. 3.1.

Zu den indirekten Zugängen sind die Typisierungen von Intentionen im Rahmen konventionalisierter Handlungen oder Handlungsabfolgen¹⁴ ebenso zu rechnen wie die Unterstellung der situationsgebundenen Orientierung des Handelnden und speziell sprachlich Handelnden auf den Partner hin (wozu nochmals an Grice' Definition von 'meinen_{nn}' erinnert sei), wie schließlich die Identifizierung einer konkreten Intention im Rahmen der Manifestationen einer institutionalisierten Handlung(sabfolge).

Intentionalität und Institutionalität menschlichen Handelns fallen dann zwar nicht zusammen,¹⁵ aber sie schließen sich auch nicht aus - vielmehr sind sie in einem komplementären Verhältnis zu sehen: Für den Handelnden bedeutet Institutionalität über die Rollendefinition sowohl Einschränkung als auch Erweiterung seiner Handlungsmöglichkeiten; diese Einschränkungen und Erweiterungen sind durchaus denen zu vergleichen, die sich aus den sozialen Beziehungen Handelnder und ihrer Situationseinschätzung überhaupt, also auch außerhalb institutioneller Kontexte, ableiten lassen. Im einzelnen: Ein Rollenträger in einer Institution *m e i n t_{nn}* als sprachlich Handelnder insofern wie ein sprachlich Handelnder z.B. im *small talk e t w a s*, als er intendiert, daß seine Äußerung "bei einem Empfänger dadurch eine Wirkung herbeiführt, daß seine Intention [diese Wirkung herbeizuführen; J.D.] erkannt wird" (Grice 1957: 385). Das 'Etwas-Meinen_{nn}' - in Searles Terminologie: die Intention, einen bestimmten illokutionären Effekt zu erzielen - bildet sich je in der konkreten Situation aus, jedoch in Abhängigkeit von den typischen - z.B. sozialen - Merkmalen, die in konkreten Situationen erfüllt sind, in Abhängigkeit von 'Gepflogenheiten', sprich Konventionen, und in Abhängigkeit gegebenenfalls von institutionellen Normen. Der Richter, beispielsweise, ist in seinem Meinen_{nn} zu Beginn einer Vernehmung rigide^m normativem Druck ausgesetzt. Andererseits hat auch er Intentionen, die sich auf das Erzielen bestimmter *i l l o k u - t i o n ä r e r* Effekte beziehen, nämlich z.B. die, dem Beschuldigten klarzumachen, daß es sein Recht ist, die Aussage zu verweigern. Das wäre, auf nicht-institutionelle Situationen umgemünzt, eine Sprechintention vom Typ 'Informie-

14 Vgl. Steger 1975: 2: "Der situationskonstituierten geäußerten Intention eines Sprechers [müssen] virtuelle Konventionen in der Sprachgemeinschaft gegenüberstehen [...], welche die versprachlichte Intention erkennt und akzeptiert, damit das intendierte Handeln die erwartete Wirkung haben kann."

15 Wie zumindest tendenziell bei Parsons, der allerdings, wie nach ihm Luhmann, den Begriff 'Institution' durch den umfassenderen des Systems ersetzt; vgl. zu Parsons Bubner 1976: 32ff., zu Luhmann ebd.: 44ff. Gegen die Gleichsetzung von 'Institution' und 'soziales System' wendet sich, m.E. mit guten Gründen, Schelsky 1970: 10f.

ren'.¹⁶ Aber der Richter - und hier schlägt die institutionelle Einbindung sprachlichen Handelns durch - steht unter dem normativen Zwang durch die Strafprozeßordnung: er darf bei Androhung von Sanktionen sozusagen nicht nicht informieren. Seine Intention, eine bestimmte 'Wirkung' zu erzielen, ist mithin in dem Sinne nicht-subjektiv, daß sie nicht gleichsam auf der Grundlage eines freien Aktes der Entscheidung zwischen alternativen Handlungsmöglichkeiten zustandegekommen ist, und sie ist in dem Sinne nicht-subjektiv, daß er die entsprechende Handlung in diesem Moment nicht präferieren - also wünschen - muß. Seine Intention, zu 'informieren' (technisch: zu belehren) ist eine *abgeleitete, hochgradig normativ determinierte*.¹⁷ Dementsprechend rekonstruiert beispielsweise der Beschuldigte bei der Vernehmung als Angesprochener auch nicht den 'Sinn des Handelns für den Handelnden' (Schütz), sondern den Sinn der (sprachlichen) Handlung im Rahmen des institutionellen Ablaufs.

Aus diesen Überlegungen resultieren drei Fragen, die abschließend kurz behandelt werden müssen:

1. Gibt es keine anderen als abgeleitete Intentionen in institutionellen Kontexten? Doch, denn "persönliche Motive" können sich sehr wohl im institutionellen Handeln zumindest punktuell durchsetzen und in konkrete Intentionen umsetzen. Zurecht bemerkt etwa Liedtke (1978: 11): Die

Abwesenheit von persönlichen Motiven scheint bei der Ausübung von Amtshandlungen oftmals erwünscht zu sein. So wird sicherlich ein Kommissar, der persönliche Rachegefühle hegt, nicht als der Geeignteste für diesen Fall angesehen werden.

Allgemein ist davon auszugehen, daß solche persönlichen Motive sich primär auf die Definition der sozialen Beziehung im Sinne des Watzlawickschen 'Beziehungsaspekts' von Kommunikation¹⁸ auswirken (so kann z.B. eine bestimmte Art der Realisierung einer Intention 'Informieren' eine Beleidigung für den Angesprochenen bedeuten usw.). Wir befinden uns hier demnach, sprechakttheoretisch gesprochen, auf der Analyseebene der *perlokutionären* Effekte.

16 Zur Abgrenzung und Typologie von Sprechintentionen vgl. Steger 1976 und Fuchshuber/Lang 1977.

17 Zurecht bezeichnet es deshalb Liedtke (1978: 10) als "notwendig, das Divergieren von Rationalität und Zwecken einer Organisation [mit 'Organisation' = 'institutioneller Kontext'; vgl. ebd.: 4] und von persönlicher Motivation ihrer Mitglieder theoretisch zu fassen [zu!] versuchen". Er tut dies (ebd.) unter Verweis auf Luhmann 1972: "Durch die Rolle als Mitglied (nach dem Eintritt in die Organisation) findet 'normalerweise' eine Trennung des persönlichen und des sozialen Aktionssystems statt, die durch die Mitglied-

2. Wenn man, was gelegentlich getan wird, das Moment 'Verantwortlichkeit' als konstitutiv für 'Handeln' ansieht, fällt dann dies Moment im institutionellen Handeln fort, wie u.a. Wunderlich (1972: 38f.) erwägt? Hier ist zweierlei problematisch: erstens ist Verantwortlichkeit nicht auf (intentionales) Handeln beschränkt und insofern aus handlungstheoretischer Sicht kein geeignetes Definiens für einen entsprechenden Handlungsbegriff; das haben Kummer (1975: 46) und Brennenstuhl (1975: 21f.) detailliert nachgewiesen. Zweitens ist die Behauptung, Verantwortlichkeit sei generell in Institutionen aufgehoben, in dieser Allgemeinheit nicht haltbar: Verantwortlichkeit wird man - in meinem Verständnis - an Norm-Sanktions-Zusammenhängen festmachen müssen, und es ist je im Einzelfall zu klären, unter welchen Bedingungen und inwieweit der einzelne Rollenträger für einzelne Handlungen/Handlungsabfolgen 'verantwortlich' ist, d.h., verantwortlich gemacht werden kann.

Etwas anders steht es um das verwandte Moment der 'Aufrichtigkeit' im Handeln, speziell sprachlichen Handeln: Für Kommunikation schlechthin wird der Aufrichtigkeitsannahme/-unterstellung/-bedingung von einigen Theoretikern große Bedeutung beigemessen, so von Searle und von Grice (1975: 46), der eine konversationelle 'Supermaxime' "Try to make your contribution one that is true" formuliert. Es scheint aber tatsächlich so zu sein, daß die Aufrichtigkeitsbedingung für institutionelles Handeln (Sprechhandeln) nicht sinnvoll angesetzt werden kann, weil 'Aufrichtigkeit' ein eminent subjektives Moment impliziert, ein subjektives 'für wahr' oder 'für richtig' halten, das im Fall institutionell abgeleiteter Intentionen für Handlungen nicht unterstellt zu werden braucht.¹⁹ Diese Frage hat eine philosophisch-ethische Dimension, denn ihre Beantwortung hängt von der jeweiligen Aufrichtigkeitsdefinition ab; ich lasse es deshalb bei dieser Andeutung bewenden.

3. Wenn es so ist, daß offensichtlich der Angesprochene im institutionellen Kontext nicht (oder jedenfalls nicht allein) die Strategien der Rekonstruk-

schaftsrolle einerseits erst geschaffen, andererseits auch überwunden wird. Als Mitglied unterwirft man sich bestimmten Regeln, Verträgen etc., so daß ein bestimmtes Verhalten von der Person erwartet werden kann."

18 Vgl. Watzlawick/Beavin/Jackson 1969: 53ff.; ich möchte, außer dem Begriff der 'Beziehungsebene', allerdings weder das '3.metakommunikative Axiom' der Verfasser in seinem Wortlaut, noch die Konsequenzen aus der Auffassung, der Beziehungsaspekt sei eine 'Metakommunikation', übernehmen; insbesondere sind die Aspekte nicht so zu trennen, daß man sagen könnte, der Beziehungsaspekt 'bestimme' den Inhaltsaspekt; vgl. auch Küchler/Jäger 1975: 179ff.

19 Falkenberg (1978: 3) stellt ebenfalls die These auf, die Frage nach der

tion des 'Sinns der (sprachlichen) Handlung für den Handelnden' in der Art verwenden kann, wie das außerhalb solcher Kontexte möglich ist - Beispiel: das Außer-Kraft-Treten der Maxime der Aufrichtigkeit -, wie läuft dann Kommunikation in institutionellen Kontexten ab, und wie kann Verständigung zustande kommen? Dies ist die übergeordnete Frage konversationsanalytischer Empirie im Bereich institutionellen sprachlichen Handelns, eine Frage, die also nur 'in the long run' durch eine Vielzahl entsprechender Untersuchungen beantwortet werden kann. Einige der prinzipiellen Aspekte solcher Untersuchungen sollen - zusammen mit einem ausgeführten Beispiel - im nächsten Abschnitt diskutiert werden.

4. Aspekte der Analyse sprachlichen Handelns in Institutionen

Die Analyse sprachlichen Handelns in Institutionen ist mit der Lösung einer Reihe von Aufgaben verbunden, die sich aus der Definition des Gegenstands Institution ableiten lassen. Die aus linguistischer Sicht zentrale Fragestellung nach dem, was sich in Institutionen (einzel-) s p r a c h l i c h abspielt, kann natürlich nur sinnvoll bearbeitet werden, wenn die H a n d l u n g s - a b l ä u f e (die wiederum häufig nur sprachliche sind) bekannt sind. D.h. der ausdrucksseitigen Manifestation sprachlicher Handlungen muß der inhaltsseitige Ablauf zugeordnet werden, wobei die 'Inhaltsseite' hier jeweils als die Gesamtheit der aus den institutionellen Rollenbeziehungen, den Normen oder schließlich aus den Zwecken der Institution selbst ableitbaren 'Bedeutungen' zu definieren ist.

4.1 Identifizierung und Definition

Voraussetzung einer korrekten Zuordnung ist die Identifizierung der jeweiligen Institution und die Definition der Handlungsabläufe im zu analysierenden Transkript. Beides ist für klar vordefinierte Institutionen mit weitreichender und

Aufrichtigkeit stelle sich bei "ritualisiertem sprachlichen Verhalten", wozu er institutionelles Sprechhandeln zählt, oft nicht. Allerdings vermag ich seiner Begründung: "weil gar nichts behauptet bzw. ausgedrückt wird", nicht zu folgen; vgl. dazu meine obige Diskussion der Intentionsproblematik.

detaillierter Normierung der Handlungsabläufe einfach zu leisten; so z.B., wie oben angedeutet, für eine Gerichtsverhandlung. Ist hingegen die Normierung nicht detailliert und/oder nicht weitreichend, dann mag die Identifizierung der jeweiligen Institution einfach, die Definition der Handlungsabläufe hingegen schon schwieriger sein. Ein Beispiel dafür bietet die Untersuchung von Beratungen beim Sozialamt, wo die einzelnen Abläufe stärker vom Beamten gesteuert werden können als das bei Gericht der Fall ist. Während etwa in bezug auf die Institution Gericht und den Handlungsablauf Gerichtsverhandlung die konversationsanalytische Untersuchung nach einem *Rahmenmodell* vorgenommen werden kann, derart, daß die tatsächlichen Abläufe mit der jeweiligen Norm konfrontiert werden können (ein Beispiel für eine solche Untersuchung wird im nächsten Abschnitt ausgeführt), ist schon in Fällen nicht-weitreichender Normierung wie beim Sozialamt ein *Integrationsmodell* der Untersuchung anzusetzen: Die Definition der Handlungsabläufe ist nicht Vorgabe, sondern weitgehend selbst erst Ergebnis der konversationsanalytischen Untersuchung (wenn auch nicht unbedingt konversationsanalytischer Untersuchung allein). Das Vorgehen ist also in einem positiven Sinne zirkulär; allgemein und mit Wunderlich (1976: 313) formuliert:

Eine Theorie der Institution, zusammen mit einer geeigneten Typologie, scheint mir erst möglich zu sein, wenn die einzelnen Aktivitäten und ihr Ablauf in der Institution genauer geklärt sind. Dazu trägt partiell auch eine linguistische Untersuchung bei, da in jeder Institution verbale Interaktionen wesentlichen Anteil haben.

Die reinste Weise der Anwendung des Integrationsmodells liegt aber vor, wenn in den Grenzfällen der Institutionen ohne explizit-normative Grundlage die konversationsanalytische Untersuchung allererst überprüfbare Erkenntnisse über eine Institution beibringen muß, wie etwa im Falle des oben erwähnten sozialtherapeutischen Beratungsgesprächs von-Hollanderscher Prägung.

4.2 Institutionsspezifische Sprechhandlungen mit explizit-normativer Grundlage

Die Zuordnung von einzelsprachlichem Ausdruck und institutionellem Inhalt ist auf unmittelbare Weise bei den institutionsspezifischen Sprechhandlungen im Sinne von Abschnitt 2 gegeben. Für Institutionen mit weitreichender und detaillierter Normierung sind institutionsspezifische Sprechhandlungen häufig explizit normativ festgelegt; es gilt aber, zwei Arten der Festlegung zu unterscheiden:

(A) Festlegung des T y p s der sprachlichen H a n d l u n g, ohne Vorgabe der sprachlichen Formulierung, also ohne Vorgabe eines Satzes, von dem eine Instanz geäußert werden muß;

(B) Festlegung einer F o r m u l i e r u n g, z.B. von Sätzen mit explizit-performativer Formel wie *Hiermit eröffne ich die Verhandlung*, oder von formelhaften Sätzen anderer Art, wie *Im Namen des Volkes ergeht folgendes Urteil*, ohne die im ersten Fall die Hauptverhandlung bei Gericht nicht beginnen kann, im zweiten Fall das Urteil nicht als verkündet gilt.²⁰

Ich möchte im folgenden das Problem der institutionsspezifischen Sprechhandlungen für Festlegungen des Typs (A) - keine Vorgabe eines Satzes, von dem eine Instanz geäußert werden muß - ausführlicher anhand eines Beispiels analysieren. Dabei werden Techniken und Schwierigkeiten der Identifizierung institutionsspezifischer Sprechhandlungen durch Beteiligte wie auch durch den analysierenden Linguisten ebenso deutlich werden wie der Nutzen eines Rahmenmodells der Untersuchung sprachlichen Handelns in Institutionen gerade auch für k r i t i s c h e Analysen.

Bei dem folgenden Transkript handelt es sich um den Mitschnitt der Eröffnung einer Anhörung in einem Bußgeldverfahren bei einem städtischen Rechtsamt.²¹

Sprecher: AA - Verwaltungsbeamter, Leiter des städt. Rechtsamtes; AB - Lehrerin, Betroffene

- (a) AA *äh (Frau AB) ich habe Sie, bevor wir hier zur eigentlichen Sache kommen, darauf hinzuweisen, daß Sie auch bei mir keine Angaben zu machen brauchen, wenn Sie es nicht wollen.*
 AB *(mhm)*
 AA *Sie haben ja bei der Polizei erklärt: "ich möchte mich nicht äußern zu der ganzen Angelegenheit" und haben also dies unterschrieben.*
 AB *(ja)*
 AA *das ist Ihr gutes Recht. Das kann Ihnen niemand verübeln. Sie können das hier auch bei mir sagen: "Ich mache keine Angaben".*
 (a') *Wenn Sie sich also bereiterklären, dann müssen Sie mir die re-*
 (b) *ne Wahrheit sagen. Ich habe Sie im übrigen darauf hinzuweisen,*
 (c) *daß es Ihnen freisteht, einen Rechtsanwalt zu nehmen.*

²⁰ Vgl. § 268 Abs.1 und 2 StPO. Für eine detaillierte, auch historische Darstellung vgl. Caspari 1977.

²¹ Aus Fuchs/Schank (Hg.) 1975: 125; Transkription vereinfacht. Die Aufnahme wurde am 24.11.1970 gemacht; das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) ist in den hier einschlägigen Paragraphen, Absätzen und Sätzen, soweit ich sie im folgenden zitiere, seither nicht geändert worden, so daß ich die Fassung von 1975 benutzen konnte (vgl. OWiG 1976). Entgegen dem Sprachgebrauch von Fuchs/Schank (Hg.) 1975: 123f. handelt es sich bei AB nicht um eine 'Angeklagte' (diese Bezeichnung führt erst eine Beschuldigte im Strafprozeß mit Eröffnung der Hauptverhandlung), sondern um eine 'Betroffene'

- AB (mhm)
- (c') AA also, wenn Sie glauben, Sie können ohne Anwalt die Sache nicht
äh bearbeiten oder äh ohne Anwalt nicht durchstehen, dann steht
es Ihnen also frei, einen Anwalt zu nehmen.
- AB (jawohl)
- AA jetzt [simultan] hab ich zunächst mal, bevor wir in die
Einzelheiten einsteigen dieses Falles, ins Konkrete kommen,
(a'') die Frage an Sie: wollen Sie aussagen oder nicht;
- (d) AB (ja). jetzt hab ich zuerst noch ne Frage [simultan]
AA (bitte)

Diese Eröffnung einer 'Anhörung' (Terminus im Sinne des § 55 OWiG) kann als Sequenz sprachlicher Handlungen aufgefaßt werden, bestehend aus drei - intuitiv erfaßbaren - i n s t i t u t i o n e l l e n Sprechhandlungen des AA:

- (a) einer Belehrung der Betroffenen über ihr Recht, die Aussage zu verweigern,
- (b) einer Belehrung über ihre Pflicht, im Falle der Aussagebereitschaft die reine Wahrheit zu sagen,
- (c) einer Belehrung über ihr Recht, einen Anwalt beizuziehen.

Sprecherbeiträge werden also bis einschließlich (a'') nur von AA geleistet, bei den Äußerungen von AB handelt es sich bis dahin um bloße Hörersignale (Schwitalla 1976: 80) - AB versichert dem AA nur ihre Aufmerksamkeit bzw. teilt ihre Meinung zum Gesagten kurz mit. Erst die letzte Äußerung der AB stellt einen eigenen Sprecherbeitrag dar, wobei allerdings ihr einleitendes *ja* nicht als Antwort auf die vorausgegangene Frage interpretiert werden kann, sondern wiederum nur als Hörersignal (vgl. für eine ausführliche Analyse der 'initiiierenden' und 'respondierenden' Sprechhandlungszüge in diesem Transkript Schwitalla 1978: 9ff.).

Die normative (gesetzliche) Grundlage dieser Eröffnung, § 55 OWiG, sieht die Äußerung von Instanzen bestimmter Sätze nicht vor. Dennoch sind die institutionellen Sprechhandlungen nicht durch den propositionalen Gehalt der geäußerten Sätze allein zu identifizieren und abzugrenzen: (a) und (c) werden von AA ausdrücklich als normativ vorgegeben gekennzeichnet: *ich habe sie ... darauf hinzuweisen*. AA reproduziert hier offensichtlich eine Formulierung des § 136 Abs. 1 StPO(!):

i.S. von § 55 OWiG. Runde Klammern im Transkript bezeichnen parenthetische Einschübe, eckige meine Kommentare.

Bei Beginn der ersten Vernehmung ist dem Beschuldigten zu eröffnen, welche Tat ihm zur Last gelegt wird und welche Strafvorschriften in Betracht kommen. *E r i s t d a r a u f h i n z u w e i - s e n*, daß es ihm nach dem Gesetz freistehe, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen. [...] (Herv. v. mir, J.D.)

Im übergeordneten Teilsatz in (a) verwendet der Sprecher sozusagen als Versatzstück ein Fragment einer Gesetzesformulierung, nämlich der Strafprozeßordnung, während die Formulierung der Proposition des abhängigen Objekt-Satzes rein umgangssprachlich ist. Das fällt insbesondere für den konditionalen Vordersatz *wenn sie es nicht wollen* ins Auge, aber auch der Ausdruck *keine Angaben*, den AA in (a') wiederholt, entstammt keiner normativen Vorlage, ist, vielleicht entgegen dem ersten Anschein, hier nicht Terminus; AA verwendet statt des Funktionsverbgefüges *Angaben machen* denn auch in (a'') das Verb *aussagen*, das auch in § 136 Abs. 1 StPO begegnet.

In (c) fällt, neben der Verwendung des normativen Vordersatzes *ich habe sie ... darauf hinzuweisen* - im folgenden werde ich hier allgemein von 'e x p l i z i t n o r m a t i v e r F o r m e l' (ENF) sprechen -, die ugs. wohl weniger gebräuchliche, in § 136 Abs. 1 StPO vorgegebene Wendung *es steht ihnen frei* (... *daß es ihnen freisteht*) auf. Hier findet sich ein Versatzstück der Gesetzesformulierung auch in der Proposition wieder, das in (c') wörtlich wiederholt wird. Aus der Sicht der Betroffenen, AB, ist diese Wendung allerdings wegen der ENF redundant, jedenfalls muß bezweifelt werden, daß sie zur Identifizierung der Sprechhandlung als institutioneller durch AB in diesem Kontext notwendig ist. Auffallend ist auch bei (c') die umgangssprachliche Formulierung des konditionalen Vordersatzes, etwa der Ausdruck *die Sache für die Anhörung*.

Interpretierend und verallgemeinernd könnte man sagen: Die Verwendung einer ENF macht, wie der Terminus ja ausdrückt, die Institutionalität von Sprechhandlungen explizit. Das gibt dem Sprecher die Freiheit, unter Umständen sogar unter Meidung von Termini Instanzen umgangssprachlich, ja selbst lax formulierter Sätze zu äußern. Für die Definition der *B e z i e h u n g s e b e n e* (vgl. oben, den Schluß von Abs. 3.2) in Kommunikationssituationen wie der vorliegenden ist die Ausnutzung dieser 'Zweigleisigkeit' durch den Vernehmenden wesentlich: Er kann zumindest verbal gleichsam in zwei Rollen auftreten, nämlich erstens in der Rolle des Funktionsträgers in der Institution, zweitens aber in der Rolle eines Gesprächspartners, der selbst, wie ja auch der/die Betroffene, dem normativen Druck dieser Institution ausgesetzt ist. Insofern ist gerade die Äußerung von ENFn ein ausgezeichnetes Mittel, eine Vernehmungs-/An-

hörungssituation für den Betroffenen zu entlasten. Ein in dieser Hinsicht ein-drucksvolles Gegenbeispiel zur oben gegebenen Anhörungssituation diskutiert Wunderlich (1976: 320ff.), nämlich die Befragung einer Angeklagten zur Person vor Gericht (Transkript Leodolter (1975: 318f.)). Diese Befragung zeichnet sich durch weitgehende verbale Identifizierung des Richters mit der Institu-tion aus, "ohne irgendein Zeichen des Entgegenkommens"; nur einmal gibt der Richter "einen jedenfalls minimalen Hinweis [...], daß auch er unter einem be-stimmten Zwang handelt" (Zitate Wunderlich (1976: 323)), nämlich wenn er sagt: *Und dann brauchma [...] noch die Schulbildung.*

Die Strategie der 'Zweigleisigkeit' ist natürlich nicht das einzige Mittel zur Steuerung von Gesprächen auf der Beziehungsebene: So weisen Wahnhoff/Wen-zel (1978: 8f.) zurecht darauf hin, daß insbesondere auch die 'Organisation des Sprecherwechsels' bei Gesprächen in Institutionen ein Indiz für entweder 'organisations- bzw. sachorientierte' oder aber 'klientenbezogene Gesprächs-führung' sein könne. Immerhin fällt AA der AB in unserem Transkript-Ausschnitt zweimal ins Wort: wenn dies häufig im Gesprächsverlauf geschieht, wird man wohl - selbst bei weitgehender 'Zweigleisigkeit' - schwerlich von 'klientenbe-zogener Gesprächsführung' sprechen können.

Die Sprechhandlung (b) wird nicht durch einen explizit-normativen Vorder-satz als institutionell gekennzeichnet, sondern hier ist die Verwendung des Modalverbs *müssen* in seiner deontischen Bedeutung auffällig: Die Institutiona-lität der Sprechhandlung wird durch eine implizite Drohung mit negativen Sank-tionen offenkundig. Allerdings ist zu beachten, daß in 'normaler' Alltagskom-munikation zwischen gleichberechtigten Partnern *müssen* in der direkten Anrede (2.Sg.Pr.Ind.) zum Ausdruck einer freundlichen Aufforderung oder Bitte ge-braucht wird: ... *sie müssen uns einfach was auf dem Klavier vorspielen* (vgl. Dittmann 1976a: 189). Mithin ist hier nicht die Verwendung des Modalverbs *müssen* allein, sondern in Verbindung mit der Situationseinschätzung der Betrof-fenen maßgeblich für die deontische Interpretation.

Die Institutionalität der Sprechhandlungen (a) - (c) steht, angesichts der nachgewiesenen normativen Basis, außer Zweifel. Aber sind diese Sprechhandlun-gen auch institutionsspezifisch für die Institution 'städtisches Rechtsamt/An-hörung'? § 55 Abs. 2 OWiG besagt ausdrücklich:

Der Betroffene braucht nicht darauf hingewiesen zu werden, daß er auch schon vor seiner Vernehmung einen von ihm zu wählenden Ver-teidiger befragen kann. [...]

AA wendet § 136 Abs. 1 Satz 2, 2.Halbsatz StPO, wie gezeigt, trotzdem an. Sprechhandlung (c) ist also institutionsspezifisch in bezug auf die Institu-

tion 'Gericht/Erste Vernehmung des Beschuldigten vor dem Richter', nicht hingegen für die Institution 'städtisches Rechtsamt/Anhörung des Betroffenen'.²²

Krasser noch verhält es sich mit Sprechhandlung (b): Die Aufforderung an AB, die 'reine Wahrheit' zu sagen, ist nicht nur nicht aus dem OWiG abzuleiten, sondern sie ist auch aus der Strafprozeßordnung nicht zu rechtfertigen. Diese sieht in den §§ 136 (Erste Vernehmung des Beschuldigten) und 163a (Vernehmung des Beschuldigten) keine derartige Belehrung des Beschuldigten vor, so daß eine Übertragung auf die Anhörung auch nicht stattfinden kann. Vielmehr ist die Belehrung über die 'Wahrheitspflicht' in (b) wohl nur aus § 57 StPO (Zeugenbelehrung) abzuleiten, wo es heißt:

Vor der Vernehmung sind die Zeugen zur Wahrheit zu ermahnen und darauf hinzuweisen, daß sie ihre Aussage zu beeidigen haben, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. [...]

Hier liegt also eine institutionelle Sprechhandlung vor, die der Intention des Gesetzgebers nach allein auf **Z e u g e n** anzuwenden ist, keinesfalls auf Beschuldigte, Angeklagte oder Betroffene.

Allein Sprechhandlung (a) läßt sich aus § 55 OWiG als institutionsspezifisch für die Institution 'städtisches Rechtsamt' ableiten: Dort heißt es in Absatz 1:

§ 163a Abs.1 der Strafprozeßordnung ist mit der Einschränkung anzuwenden, daß es genügt, wenn dem Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, sich zu der Beschuldigung zu äußern.

Aus der Bestimmung 'es ist dem Betroffenen Gelegenheit zu geben, ...' in Verbindung mit § 136 Abs. 1 Satz 2, 1.Halbsatz StPO ergibt sich das Recht, die Aussage zu verweigern.

Wir können zunächst festhalten: Die Eröffnung der Anhörung durch AA besteht aus zwei institutionsspezifischen Sprechhandlungen der Institution 'Gericht', von denen eine zudem falsch 'adressiert' ist, und einer institutionspezifischen Sprechhandlung der Institution 'städtisches Rechtsamt', die allerdings im OWiG nicht direkt verankert, sondern dort nur durch den Bezug auf die StPO impliziert ist. (Insofern ist es vielleicht etwas gewagt, hier von

²² Der Hinweis auf die Möglichkeit der Verteidigerkonsultation kann allerdings geboten sein, wenn der Betroffene - aus welchen Gründen auch immer (die Kommentare erwähnen unter anderem 'mangelnde geistige Beweglichkeit') - die Sach- und Rechtslage nicht durchschaut (vgl. auch § 60 OWiG i. Verb. mit § 140 Abs. 2 StPO).

einer institutionsspezifischen Sprechhandlung mit explizit-normativer Grundlage zu reden.) AA w e r t e t also, so wäre zu folgern, durch teils extensive, teils unzulässige Anwendung des § 55 OWiG in Verbindung mit § 136 StPO, die Institution 'städtisches Rechtsamt' bzw. die Anhörung - sei es absichtlich oder unabsichtlich - vor der Betroffenen a u f. Man kann sich das leicht durch das Gedankenexperiment der Konstruktion einer Anhörung klarmachen, die lediglich durch (a) als institutionsspezifischer Sprechhandlung eröffnet wird, nach der dann der Beamte sogleich 'zur eigentlichen Sache' kommt. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, daß AA der Betroffenen zwischen einer Sprechhandlung (c'), der Wiederholung seiner Belehrung über ihr Recht, seiner Sprechhandlung zuziehen, und (a''), der endgültigen Frage, ob sie aussagen wolle, keine Zeit zu einer Antwort läßt (vgl. die markierte Simultaneität: AB *jawohl* / AA *jetzt* ...). Dies könnte ein Indiz für den 'rhetorischen' Charakter von (c') sein, jedoch ist diese Interpretation wohl recht riskant.

AA, so möchte ich zusammenfassen, nutzt zum einen die verbale Strategie der 'Zweigleisigkeit' im oben definierten Sinne, was als mitdefinierend für die Beziehungsebene, hier als verbales Signal eines Entgegenkommens gewertet werden kann. Zum anderen wertet er die Anhörung durch den Vollzug von Sprechhandlungen auf, die institutionsspezifisch sind für die Institution 'Gericht', was für die Betroffene eine 'Verschärfung' der - ohnehin von den meisten Betroffenen als psychisch belastend empfundenen - Situation bedeuten könnte. Im übrigen war es (nach OWiG 1976: 19f.) gerade die Intention des Gesetzgebers, mit diesem Gesetz ein Instrument der Ahndung von 'Zuwiderhandlungen' zu schaffen, das einfacher zu handhaben ist als der Strafprozeß - das schlägt sich auch in den Normen der Anhörung (vgl. oben, § 55 Abs. 1 OWiG) im Gegensatz zur Vernehmung deutlich nieder.

Im Rahmen einer linguistisch-konversationsanalytischen Untersuchung kann freilich nur dieser Befund beschrieben werden; zur E r k l ä r u n g von AA's Vorgehen, z.B. durch Rekurs auf seine Motive, fehlt das Instrumentarium und in diesem Fall auch die reale Untersuchungs- und Validierungsmöglichkeit.²³

23 Zum Problem von 'Erklärung' und 'Ursache' in Linguistischer Pragmatik und Konversationsanalyse vgl. auch Dittmann 1976: 136ff. und meine Einleitung zu diesem Band, Abschnitt 3.2.

Ich komme nun auf den Hauptstrang meiner Argumentation zu Punkt (A) - Vorgabe des Typs sprachlicher Handlungen, ohne Vorgabe der sprachlichen Formulierung - zurück: Daß die Sprechhandlungen des AA nicht an feste Formulierungen gebunden sind, hat sein Pendant in der Versprachlichung der Sprechhandlungen der AB: So ist sie nicht gezwungen, die ihr mit (a') vorgegebene Formulierung *ich mache keine Angaben aufzunehmen* bzw. sie in *ich bin bereit, Angaben zu machen* zu variieren. Vielmehr verwendet sie, nach einer Nachfrage in (d), in der wie gesagt *ja* als Hörersignal, nicht als Bejahung auf der propositionalen Ebene fungiert, im weiteren Verlauf die Formulierung *und zu dem kann ich mich äußern*. Dies gilt also im Gegensatz beispielsweise zu Vereidigungen.

Weiterhin ist zum Ablauf sprachlicher Handlungen in Anhörungen festzuhalten: Die eigentliche Anhörung kann nur vom vernehmenden Beamten eröffnet werden. Zwar wird häufig die/der Betroffene die Gesamtinteraktion einleiten, nämlich mit einem Gruß, wenn sie/er den Raum betritt. Daran kann sich eine Sequenz des 'small talk' (Mantel ablegen, Wetter usw.) anschließen, in der wiederum der Beamte nicht unbedingt als Initiant auftreten muß. Dann jedoch ist es an ihm, eine Zäsur zu setzen und dies der/dem Betroffenen auch deutlich zu machen, beispielsweise durch eine ENF, wie im vorliegenden Fall. Bei weniger detaillierten normativen Vorgaben ist es - ebenso wie in nicht-institutionellen Interaktionssituationen - entsprechend schwieriger, den Beginn bestimmter Sprechhandlungssequenzen von Interesse zu bestimmen (ein Problem, mit dem sich - auf sehr unterschiedliche Weise - Schank (1976) und Turner (1976) befassen). Vom theoretischen Standpunkt aus könnte man schließlich die drei 'Belehrungs'-Sprechhandlungen in unserem Beispiel zu einem Sprechhandlungstyp zusammenfassen und kurz formulieren: AA *e r ö f f n e t* die Anhörung, *i n - d e m* er die Betroffene über ihre Rechte und Pflichten *b e l e h r t*.²⁴

Als Ergebnis der Diskussion zu Punkt (A) möchte ich verallgemeinern:
Schon aufgrund

1. von explizit-normativen Vordersätzen, oder
2. von Redewendungen, die gewissermaßen als Versatzstücke Gesetzesformulierungen entnommen sind (1. und 2. sind der Kategorie ENF zuzuordnen), oder

24 Zur 'indem-Relation' vgl. Anscombe 1957: 37ff., Heringer 1974: 73ff. und speziell für sprachliches Handeln Dittmann 1977a: Kap. 1.3.

3. der Verwendung von Termini, oder

4. von bestimmten Merkmalen der Propositionen (z.B. dem deontischen *müssen* in der Prädikation),

können institutionelle Sprechhandlungen häufig als solche erkannt und abgegrenzt werden. Über die Institutionsspezifität ist damit noch nicht unbedingt entschieden: diese läßt sich nur durch Vergleich mit der normativen Basis des jeweiligen Handlungsablaufs erkennen. Der Adressat ist häufig auf die genannten Markierungsmittel als Signale der Institutionalität allein verwiesen – dann nämlich, wenn ihm die normative Basis des Ablaufs nicht bekannt ist. In diesen Fällen kann er natürlich auch keine Entscheidung über die Institutionsspezifität fällen – man erinnere sich an AB im obigen Beispiel. Es scheint mir deshalb eine billige Forderung an Beamte mit Klientenkontakt zu sein, die normative Grundlage ihrer Sprechhandlungen explizit zu machen, also die Strategie der 'Zweigleisigkeit' dahingehend auszuweiten, daß die Paragraphen der einschlägigen Gesetze, Verordnungen usw. benannt werden.

Methodologisch gewendet hat demnach die Identifizierung, Definition und Bedeutungsbeschreibung *i n s t i t u t i o n e l l e r* Sprechhandlungen in wohldefinierten Institutionen zwei Aspekte: Erstens muß bei der Analyse entsprechender Transkripte gegebenenfalls die normative Vorgabe bestimmter Handlungstypen und -abfolgen in Gesetzen, Verordnungen usw. berücksichtigt werden, und es muß geprüft werden, inwieweit im Einzelfall nach diesen Normen verfahren wird. Zweitens muß die Analyse aufzeigen, ob und mit welchen sprachlichen, ggf. para- und nichtsprachlichen Mitteln Beteiligte institutionelle Sprechhandlungen als solche eigens kennzeichnen und damit für andere Beteiligte, die die normativen Vorgaben vielleicht nicht kennen, explizieren.

4.3 Normenkenntnis und Kenntnis institutionsspezifischer Sprechhandlungen

Der am Ende des vorigen Abschnitts angeschnittene Punkt 'Normenkenntnis' ist, wie das dort diskutierte Beispiel zeigt, von großer Bedeutung für die Analyse sprachlichen Handelns in Institutionen, die detaillierte Normierung aufweisen. Analog stellt sich die Frage aber auch für Institutionen mit weniger detaillierter bzw. weitreichender normativer Grundlage, wie z.B. der Schule. Bei der Schule handelt es sich um eine Institution mit weniger rigider explizit-normativer Regelung der zentralen Handlungsabläufe im Unterricht (etwa im Vergleich zu einer Gerichtsverhandlung) – ich komme darauf im folgenden Abschnitt zurück. Die institutionsspezifischen Sprechhandlungen, die sich gleichwohl herausbilden, müssen von Erstklässlern offensichtlich erlernt werden, eine Frage, mit

der sich Hennig/Schubert (1977; in enger Anlehnung an die Searleschen Bedingungen/Regeln für den erfolgreichen und vollständigen Vollzug von Sprechakten), Foolen (1977: 6ff.) und Wunderlich (1976: 324ff.) befassen. Wunderlich zeigt beispielsweise anhand eines Transkript-Fragments, daß die beteiligten Erstklässler die institutionsspezifische Sprechhandlung 'dissoziierte Frage' (*wieviel ist zwei und zwei - Pause - Fritz*) noch nicht hinreichend beherrschen. Die Kenntnis der einschlägigen Normen, soweit sie für institutionelle Abläufe vorhanden sind, und institutionsspezifischer Sprechhandlungen, auch wenn für sie keine explizite normative Grundlage vorliegt, ist eine entscheidende Konstituente der 'Situationsvertrautheit' von Beteiligten und eine wichtige Voraussetzung der Fähigkeit zu 'Situationsdistanz' (Freiburger Redekonstellationstyp-Merkmale).²⁵

4.4 Institutionsspezifische Sprechhandlungen ohne explizit-normative Grundlage

In Institutionen mit wenig detaillierter bzw. weitreichender Normierung der Handlungsabläufe bilden sich, wie in Abschnitt 4.3 für die Schule angedeutet, gleichwohl institutionsspezifische Sprechhandlungen heraus. Diese sind auf den *Zweck* der Institution rückführbar und geschehen nach Regeln, die zum Teil (nämlich, sofern sie - noch - nicht fixiert sind) den Status ('ungeschriebener') Konventionen haben. In solchem Fall ist eine Analyse nach dem Integrationsmodell (vgl. oben, Abschnitt 4.1) unerlässlich: Der Wissenschaftler muß sich (a) in die Lage derjenigen Beteiligten versetzen, die ihrerseits die Bedeutung der institutionellen Abläufe auch allererst erschließen müssen; (b) muß er die betreffende Institution in ihrem Aufbau und in ihren Funktionen möglichst genau studieren, denn nur dann hat er überhaupt eine Chance, zu korrekten Ergebnissen hinsichtlich des sprachlichen Handelns zu gelangen. Institutionsanalyse und konversationsanalytische Untersuchung des sprachlichen Handelns in der Institution bedingen so einerseits einander, andererseits fallen sie partiell zusammen.

25 Fuchs/Schank (Hg.) 1975: 123 weisen diesen Merkmalen für das oben, Abschnitt 4.2, diskutierte Transkript die Ausprägungen 'bei AA groß, bei AB gering' und 'bei AA größer als bei AB' zu.

Als Beispiel sei hier noch einmal die Untersuchung sprachlichen Handelns im Schulunterricht herangezogen: Zwar existieren Gesetze, Rahmenrichtlinien, Erlasse, Lehrpläne usw., die eine normative Basis der Institution Schule abgeben. Weiterhin ist in der didaktischen Literatur (zumindest für die Lehrerbildung) ein Grundstock an Verfahrensweisen und (auch-)sprachlichen Handlungstypen und -mustern mehr oder weniger verbindlich gemacht. Aber damit ist noch keine hinreichende Grundlage für die Untersuchung von Unterrichtsabläufen nach einem Rahmenmodell gelegt. Vielmehr gilt es, institutionsspezifische Sprechhandlungen zugleich mit der Beschreibung der institutionellen Abläufe überhaupt zu identifizieren, abzugrenzen und zu definieren, über deren Existenz, Form und Funktion sich möglicherweise nicht einmal die Betroffenen selbst klar sind. Relevant sind hier aus der neueren Literatur z.B. die Unterscheidung von 'Gedächtnis-' und 'Denkfragen' als institutionsspezifischer Sprechhandlungen bei Foolen (1977: 10), die Unterscheidung von 'dissoziierten' und 'thematisierenden' Fragen bei Wunderlich (vgl. oben, Abschnitt 4.3), schließlich von 'Aufgabenstellen' und 'Aufgabenlösen' als komplexen auch-sprachlichen Handlungsmustern, die Rehbein (1977) im Verhältnis zum nicht-institutionellen Typ 'Problemlösen' untersucht. Aber auch die Diskussion solcher Fragen, wie etwa der im Anschluß an Hennig/Schubert (1977: 4) zu stellenden, ob tatsächlich 'Bitten' von Lehrern an Schüler (im Unterricht oder allgemein?) als Realisierungen des nicht-institutionellen Sprechhandlungstyps nicht möglich seien, gehören hierher.

5. Ausblick

Ich habe mich im 4. Abschnitt vorwiegend Fragestellungen gewidmet, die aus dem Konzept der institutionsspezifischen Sprechhandlung abzuleiten sind. Hier scheint mir in der Tat für die nächste Zeit ein weites Aufgabenfeld zu liegen, insbesondere für die Fälle nicht-explicit normativer Regelung von institutionellen (Sprechhandlungs-)Abläufen. In einem weiteren Schritt wäre nun die Problematik der institutionenbezogenen und der institutionendominierten Sprechhandlungen zu systematisieren. Drittens wäre die Systematisierung der einzelsprachlichen Indikatoren für Institutionalität sprachlicher Handlungen - über die Ausführungen oben, Abschnitt 4.2, hinaus - eine wichtige Aufgabe unter einer ganzen Reihe von theoretischen und praktischen Gesichtspunkten. Viertens müßte der methodologische Standort entsprechender konversationsanalytischer Beschreibungs- und Theoriebildungsarbeit bestimmt werden. Hier steht die

Linguistik erst ganz am Anfang der wissenschaftstheoretischen Aufarbeitung; insbesondere die Typen einschlägiger allgemeiner Aussagen und einschlägiger Erklärungen sind in der Konversationsanalyse (und damit auch für den Gegenstand sprachliches Handeln in Institutionen) aber zu bestimmen, wenn sich diese Teildisziplin als 'wissenschaftliche' etablieren will.²⁶

Literaturverzeichnis

- Anscombe, G.Elizabeth M. (1957): *Intention*. Oxford, Basil Blackwell.
- Austin, John L. (1962): *How to do things with words*. Cambridge (Mass.), Harvard University Press. 1. Paperback-Ausgabe 1971.
- Beck, Reinhart (1977): *Sachwörterbuch der Politik*. Stuttgart, Kröner.
- Berger, Peter L., Thomas Luckmann (1967): *The social construction of reality. A treatise in the sociology of knowledge*. Garden City, Doubleday. 1. Paperback-Ausgabe.
- Brennenstuhl, Waltraud (1975): *Handlungstheorie und Handlungslogik. Vorbereitungen zur Entwicklung einer sprachadäquaten Handlungslogik*. Kronberg, Scriptor.
- Bubner, Rüdiger (1976): *Handlung, Sprache und Vernunft. Grundbegriffe praktischer Philosophie*. Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- Caspari, Rolf (1977): *Beobachtungen zur Thematisierung der Kommunikation in deutschen Strafprozeßordnungen des 19. und 20.Jahrhunderts*. In: *Sprachwandel und Sprachgeschichtsschreibung im Deutschen. Jahrbuch 1976 des Instituts für deutsche Sprache. (Sprache der Gegenwart, 41.)* Düsseldorf, Schwann. 205-31.
- Coulmas, Florian (1978): *Routineformeln als Institutionen. Vorlage zur '4.Arbeitstagung Linguistische Pragmatik', Langwaden, 6.-11.3.1978*.
- Dittmann, Jürgen (1976): *Metapsychologie und linguistische Methodologie*. In: Jürgen Dittmann, Rainer, Marten, Michael Schecker, *Gegenstand und Wahrheit. Sprachphilosophische und wissenschaftstheoretische Grundlagenstudien zur Linguistik*. Tübingen, Narr. 97-153.
- (1976a): *Sprechhandlungstheorie und Tempusgrammatik. Futurformen und Zukunftsbezug in der gesprochenen deutschen Standardsprache. (Heutiges Deutsch I/8.)* Ismaning b.München, Hueber.

²⁶ Zu diesen Fragestellungen vgl. von Wright 1977 und Dittmann 1977a: Kap. 5.3 ('Der Erklärungsbegriff in der Verstehenden Sprachwissenschaft'), Abschnitt 4.

- (1977): Pragmatische Regeln und Bedeutungskonventionen. Zur wissenschaftstheoretischen Statusbestimmung sprechhandlungstheoretischer Generalisierungen. Osnabrücker Beiträge zur Linguistik 3. 90-131.
 - (1977a): Verstehende Sprachwissenschaft und Analytische Wissenschaftstheorie. Zur Grundlegung von Linguistik als Handlungswissenschaft. Freiburg i.Br. (masch. Habil.).
- Ehlich, Konrad (1977): Kommunikation in der Schule analysieren - wozu und wie? (Arbeitsfassung.) Vorlage zur '3.Arbeitstagung Linguistische Pragmatik', Freiburg i.Br., 18.-23.3.1977.
- Ehlich, Konrad, Jochen Rehbein (1972): Zur Konstitution pragmatischer Einheiten in einer Institution: Das Speiserestaurant. In: Linguistische Pragmatik. Hg. Dieter Wunderlich. Frankfurt a.M., Athenäum. 209-54.
- (1976): Sprache im Unterricht - Linguistische Verfahren und schulische Wirklichkeit. Studium Linguistik 1. 47-69.
 - (1977): Wissen, kommunikatives Handeln und die Schule. In: Sprachverhalten im Unterricht. Zur Kommunikation von Lehrer und Schüler in der Unterrichtssituation. Hg. Herma C.Goeppert. München, Fink. 36-114.
 - (demn.): Sprache in Institutionen. In: Lexikon der Germanistischen Linguistik. Tübingen, Niemeyer. 2.Aufl.
- Falkenberg, Gabriel (1978): Warum es so schwer ist, in der Universität jemanden zu grüßen und es ehrlich zu meinen. Über Aufrichtigkeit in Ritualen. Vorlage zur '4.Arbeitstagung Linguistische Pragmatik', Langwaden, 6.-11.3.1978.
- Foolen, Ad (1977): Ansätze zur Analyse der Kommunikation im Unterricht. Vorlage zur '3.Arbeitstagung Linguistische Pragmatik', Freiburg i.Br., 18.-23.3.1977.
- Fuchs, Harald P., Gerd Schank (Hg.) (1975): Texte gesprochener deutscher Standardsprache III. Alltagsgespräche. (Heutiges Deutsch II/3.) Ismaning b.München, Hueber.
- Fuchshuber, Elisabeth, Harald Lang (1977): Erkennen und Beschreiben von Sprechintentionen. Diskussion Deutsch 8. 379-90.
- Grice, H.Paul (1957): Meaning. Philos. Review 66. 377-88.
- (1975): Logic and conversation. In: Speech acts. (Syntax and semantics 3.) Hg. Peter Cole, Jerry L.Morgan. New York usw., Academic Press. 41-58.
- Habermas, Jürgen (1970): Zur Logik der Sozialwissenschaften. Materialien. Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- (1971): Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: Jürgen Habermas, Niklas Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie - Was leistet die Systemforschung? Frankfurt a.M., Suhrkamp. 101-41.
 - (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt a.M., Suhrkamp.

- (1976): Was heißt Universalpragmatik? In: Sprachpragmatik und Philosophie. Hg. Karl-Otto Apel. Frankfurt a.M., Suhrkamp. 174-272.
- Haferkamp, Hans (1972): Soziologie als Handlungstheorie. (Studienbücher zur Sozialwissenschaft 2.) Düsseldorf, Bertelsmann.
- Hennig, Jörg, Marita Schubert (1977): Möglichkeiten der Erhebung von unterrichtsspezifischer Kommunikationsfähigkeit bei Schulanfängern. Vorlage zur '3.Arbeitstagung Linguistische Pragmatik', Freiburg i.Br., 18.-23.3.1977.
- Heringer, Hans Jürgen (1974): Eine Regel beschreiben. In: Seminar: Der Regelbegriff in der praktischen Semantik. Hg. Hans Jürgen Heringer. Frankfurt a.M., Suhrkamp. 48-87.
- Joas, Hans (1973): Die gegenwärtige Lage der soziologischen Rollentheorie. Frankfurt a.M., Athenäum.
- Küchler, Raimund, Siegfried Jäger (1975): Fast menschliche Kommunikation. Versuch einer kritischen Aufhebung Watzlawicks et al. und zugleich Ansätze zu einer exemplarischen Kritik bürgerlicher Wissenschaft. Diskussion Deutsch 6. 173-89.
- Kummer, Werner (1975): Grundlagen der Texttheorie. Zur handlungstheoretischen Begründung einer materialistischen Sprachwissenschaft. Reinbek, Rowohlt.
- Leodolter, Ruth (1975): Das Sprachverhalten von Angeklagten bei Gericht. Ansätze zu einer soziolinguistischen Theorie der Verbalisierung. Kronberg/Ts., Scriptor.
- Lewis, David (1975): Konventionen. Eine sprachphilosophische Abhandlung. Berlin, New York, de Gruyter.
- Liedtke, Frank (1978): Räuber und Gendarm. Anordnen und Befehlen in Institutionen. Vorlage zur '4.Arbeitstagung Linguistische Pragmatik', Langwaden, 6.-11.3.1978.
- Luhmann, Niklas (1972): Funktionen und Folgen formaler Organisation. Berlin, Duncker & Humblot. 3 1976.
- Martens, Karin (1974): Sprachliche Kommunikation in der Familie. Kronberg/Ts., Scriptor.
- Mead, George Herbert (1934; 1968): Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus. Mit einer Einleitung hg. von Charles W. Morris. Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- OWiG (1976): Gesetz über Ordnungswidrigkeiten. Textausgabe mit ausführlichem Sachregister und einer Einführung von MinR Dr. E.Göhler. (dtv 5022.) München, Beck. 3., neubearb. Aufl.
- Parsons, Talcott (1951): The social system. London, Routledge & Kegan Paul. Repr. 1964.
- (1966): Societies. Evolutionary and comparative perspectives. Englewood Cliffs, Prentice-Hall.

- Rehbein, Jochen (1977): Zum Verhältnis von Problemlösen und Aufgabenstellen/ Aufgabenlösen in der Schule. Vorlage zur '3.Arbeitstagung Linguistische Pragmatik', Freiburg i.Br., 18.-23.3.1977.
- Searle, John R. (1969): *Speech acts. An essay in the philosophy of language.* Cambridge, University Press.
- (1976): A classification of illocutionary acts. *Language in Society* 5, 1. 1-23.
- Schank, Gerd (1976): Zur Binnensegmentierung natürlicher Dialoge. In: Franz-Josef Berens, Karl-Heinz Jäger, Gerd Schank, Johannes Schwitalla, Projekt Dialogstrukturen. Ein Arbeitsbericht. (Heutiges Deutsch I/12.) Ismaning b.München, Hueber. 35-72.
- Schank, Gerd, Gisela Schoenthal (1976): *Gesprochene Sprache. Eine Einführung in Forschungsansätze und Analysemethoden.* (Germanistische Arbeitshefte 18.) Tübingen, Niemeyer.
- Schelsky, Helmut (1970): Zur soziologischen Theorie der Institution. In: *Zur Theorie der Institution.* (Interdisziplinäre Studien 1.) Hg. Helmut Schelsky. Düsseldorf, Bertelsmann. 9-26.
- Schlieben-Lange, Brigitte (1975): *Linguistische Pragmatik.* Stuttgart, Kohlhammer.
- Schütz, Alfred (1971): Die Konstruktion gedanklicher Gegenstände im alltäglichen Denken. In: Alfred Schütz, *Gesammelte Aufsätze.* Bd. 1. Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Den Haag, Nijhoff. 8-31.
- (1932; 1974): *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie.* Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- Schwitalla, Johannes (1976): Dialogsteuerung. Vorschläge zur Untersuchung. In: Franz-Josef Berens, Karl-Heinz Jäger, Gerd Schank, Johannes Schwitalla, Projekt Dialogstrukturen. Ein Arbeitsbericht. (Heutiges Deutsch I/12.) Ismaning b.München, Hueber. 73-104.
- (1978): Zur Beschreibung der Beziehungen zwischen Sprecherbeiträgen in Dialogen. Vorlage zur '4.Arbeitstagung Linguistische Pragmatik', Langwaden, 6.-11.3.1978.
- Steger, Hugo (1975): *Praxisbezogener Versuch über Sprechintentionen.* São Paulo (vervielfältigt).
- (1976): *Sprechintentionen und Kommunikationssituationen.* Freiburg i.Br. (vervielfältigt).
- StPO (1976): *Strafprozeßordnung mit Einführungsgesetz und Gerichtsverfassungsvorschriften.* Textausgabe mit ausführlichem Sachregister und einer Einführung von Universitätsprofessor Dr. Claus Roxin. (dtv 5011.) München, Beck. 14., neubearb. Aufl.
- Turner, Roy (1976): Einige formale Eigenschaften des therapeutischen Gesprächs. In: *Seminar: Kommunikation, Interaktion, Identität.* Hg. Manfred Auwärter, Edit Kirsch, Manfred Schröter, Frankfurt a.M., Suhrkamp. 140-90.

- Ungeheuer, Gerold (1974): Was heißt 'Verständigung durch Sprechen'? In: *Gesprochene Sprache. Jahrbuch 1972 des Instituts für deutsche Sprache.* (Sprache der Gegenwart, 26.) Düsseldorf, Schwann. 7-38.
- Wahmhoff, Sibylle, Angelika Wenzel (1978): Ein *mhm* ist noch lange kein *mhm* - oder - Was heißt klientenbezogene Gesprächsführung? (Vorläufige Fassung.) Vorlage zur '4.Arbeitstagung Linguistische Pragmatik', Langwaden, 6.-11.3.1978 (Druckfassung in diesem Band).
- Watzlawick, Paul, Janet H.Beavin, Don D.Jackson (1969): *Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien.* Bern, Huber.
- Weymann-Weyhe, Walter (1978): *Sprache - Gesellschaft - Institution. Sprachkritische Vorklärungen zur Problematik von Institutionen in der gegenwärtigen Gesellschaft.* Düsseldorf, Patmos.
- Wittgenstein, Ludwig (1967): *Philosophische Untersuchungen.* Frankfurt a.M., Suhrkamp.
- von Wright, Georg Henrik (1974): *Erklären und Verstehen.* Frankfurt a.M., Fischer-Athenäum.
- (1977): *Determinismus in den Geschichts- und Sozialwissenschaften.* In: Georg Henrik von Wright, *Handlung, Norm und Intention. Untersuchungen zur deontischen Logik.* (Hg. und eingeleitet von Roland Posner.) Berlin, New York, de Gruyter. 131-52.
- Wunderlich, Dieter (1972): *Zur Konventionalität von Sprechhandlungen.* In: *Linguistische Pragmatik.* Hg. Dieter Wunderlich. Frankfurt a.M., Athenäum. 11-58.
- (1976): *Studien zur Sprechakttheorie.* Frankfurt a.M., Suhrkamp.